



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1911

133 (20.3.1911) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-145333](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-145333)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Eingelohnt 20 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag 24. 2/3 pro Quartal.
Eingel.-Nummer 5 Bg.

Inserate:

Die Colonnade-Zeile . . . 25 Bg.
Kurzfristige Inserate . . . 30
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gleichenste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegraphen-Adresse:

„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1400
Druckerei-Bureau (An-
nahmen u. Druckarbeiten) 341
Redaktion 377
Expedition und Verlags-
buchhandlung 218

Nr. 133.

Montag, 20. März 1911.

Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst
12 Seiten.

Millenniumsphantasien.

Von unserem Londoner Korrespondenten

+ London, 18. März.

Seit langem hat keine Aeußerung eines britischen Ministers einen so allgemein billigen, fast begeisterten Widerhall in der Welt gefunden, wie diejenige Sir Edwards Greys über Kämpfe und Schiedsverträge. Von allen Ländern her strömen Versicherungen, daß man eine so ernste und von einflussreicher Seite kommende Beschwörung des Gedankens, internationale Streitfragen durch Schiedsgericht zu erledigen, mit freudiger Genugtuung begrüßt. Ist für diesen Freudentaumel aber ein wirklicher Rückhalt vorhanden? Darf man nun hoffen, daß der Krieg nicht mehr als ultima ratio gelten und abgeschafft werden wird? Darf man in Gemeinlichkeit mit dem britischen Minister des Auswärtigen einer neuen Ära entgegensehen, in der es keine Kämpfe mehr geben wird, mit Ausnahme derjenigen, die zur Ausübung von Polizeidiensten auf den Weltmeeren und zur Verhinderung solcher Nationen nötig sein würden, die den Gebieten der Schiedsgerichte den Gehorsam verweigern? Darf man vernünftigerweise selbst auch nur annehmen, daß der Abschluß eines Schiedsvertrages zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten die rastlosen Bemühungen der europäischen Nationen, unter allen Umständen auf den Krieg vorzubereiten zu sein, vermindern würde? Es wäre in der Tat überaus schön, sich einem solchen Optimismus hinzugeben.

In erster Linie darf festgestellt werden, daß ein Schiedsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien an und für sich als ein ziemlich unnützes Werkzeug erscheinen muß. Alle kanadisch-amerikanischen Streitfragen, die Jahrzehnte lang zu Reibungen zwischen London und Washington Anlaß gaben, sind im Laufe der letzten vier oder fünf Jahre auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege geschlichtet worden, und es ist gegenwärtig nicht die geringste Spur von einer Differenz vorhanden, die in der nächsten Zukunft Schwierigkeiten zwischen den beiden Mächten erzeugen könnte. Allerdings wünschen die Amerikaner den Anschluß Kanadas an die Union herbeigeführt zu sehen. Aber ein solcher — offiziell gar nicht anerkannter — Wunsch kann nicht zu Reibungen führen und kann nicht den Gegenstand schiedsgerichtlicher Verhandlungen bilden, zumal die amerikanischen Staatsmänner darauf rechnen, daß das Gewicht der materiellen Interessen Kanadas so stark ist, daß die Gravitation nach der Union hin sich im Laufe der Zeit ganz von selbst vollziehen wird. Ein Schiedsvertrag von Schwierigkeiten, die weder bestehen noch in absehbarer Zeit erwartet werden, ist ein Dokument, dem vom streng praktischen Standpunkte kein großer Wert beigelegt werden kann und das daher kaum darnach ansetzen sein würde, uns auf dem Wege zum allgemeinen Weltfrieden eine beträchtliche Strecke vorwärts zu bringen. Angenommen ein solcher englisch-amerikanischer Vertrag wäre wirklich abgeschlossen und

ratifiziert, so würden der Argwohn und die Eifersucht zwischen den europäischen Mächten (einschließlich Englands) sowie ihre Interessengegensätze genau dieselben bleiben, wie zuvor. Indem sie die Möglichkeit von Konflikten — wie z. B. im fernen Osten, in Makedonien, Mesopotamien und an der Nordküste Afrikas — in Berechnung ziehen, werden sie fortfahren, gegen einander zu rüsten und die Größe ihrer Rüstungen nach der Größe ihrer Interessen zu bemessen. Uebrigens gehen Kriege nicht immer aus Streitigkeiten hervor, die durch Schiedsgericht geschlichtet werden könnten. Daß die verschiedenen Nationen der Welt widerstrebende Interessen haben, wird morgen ebenso wahr sein, wie es heute ist und wie es gestern war und wenn ein Volk die Erreichung eines bestimmten Zieles für seinen nationalen Fortschritt und für seine nationale Wohlfahrt als unbedingt notwendig erachtet, so wird es, wenn friedliche Mittel nicht hinreichen, seinen Willen durch den Hinweis auf seine Stärke oder durch den tatsächlichen Aufmarsch seiner Bataillone und Dreadnought-Geschwader durchzusetzen suchen. Würde ein internationales Schiedsgericht Korea den Japanern gegeben oder die Mandchurie unter Japan und Rußland verteilt oder Bosnien und die Herzegovina dem österreichischen Kaiserreich zugesprochen oder die amerikanische Herrschaft in den Philippinen aufgerichtet oder die Burenrepublik in Südafrika an Großbritannien ausgeliefert haben? Sicherlich hätte es teils von allen diesen Dingen getan. Und die Japaner würden den Vorschlag, ihr koreanisches Projekt einem internationalen Gerichtshof zur Prüfung zu unterbreiten, ebenso schroff zurückgewiesen haben, wie Oesterreich den Antrag Sir Edwards Greys, die bosnische Besitzfrage durch eine wohlwollende Konferenz der europäischen Mächte „regularisieren“ zu lassen, höflich, aber entschieden ablehnte. Und wenn man an England und Amerika, die sich jetzt durch einen Schiedsvertrag verdrängen wollen, die Frage richtet, ob sie bereit wären, das eine die ägyptische Frage und das andere die Panamafrage eventuell einem internationalen Schiedsgericht zur Entscheidung zu unterbreiten, so würden sie einfach antworten, daß in so vitalen Fragen jede Nation ihr eigener Richter sein muß.

Wer Sir Edward Grey hat im Grunde seine Millenniumsphantasien selbst als absurdum geführt und ihnen gleichzeitig einen höchst verdächtigen Anstrich gegeben. Denn er erklärte in seiner Rede vom vergangenen Montag: „Ich glaube er (nämlich der Schiedsvertrag zwischen England und Amerika) würde wahrscheinlich zu dem weiteren Abkommen führen, daß sie (nämlich England und Amerika) in jedem Falle gemeinsame Sache machen würden, in welchem die eine oder die andere der beiden Mächte mit einer dritten Macht in Streit geriete die sich auf keine schiedsgerichtliche Entscheidung der Streitfrage einlassen will.“ Diese Stelle der Greyschen Aeußerungen ist in den ins Ausland telegraphierten Berichten — und das erklärt vielleicht ihre so günstige Aufnahme — ganz ausgeschlossen worden, und doch liegt in ihr eigentlich das Pudeis Kern. Denn der Gedanke der Verdrängung liegt nahe daß Sir Edward Grey unter dem Deckmantel der Förderung von Schiedsverträgen eine sogenannte Friedensliga zwischen England und Amerika (und möglicherweise noch einer anderen Macht, gegen Frankreich) herzustellen hofft, die in Wirklichkeit ein aggressives Bündnis von Mächten

wäre, die ihren Willen den anderen Nationen aufzuzwingen beabsichtigen. Dem Besehen einer so tyrannischen „Friedensliga“ würden sicher die anderen Nationen nicht ruhig zusehen: Einzelne von ihnen oder alle würden sich zu einer Oppositions-Friedensliga zusammenschließen und die Ausschüßten auf kriegerische Zusammenstöße würden eher vermehrt als vermindert sein.

Die Sinnwidrigkeit der zwei von ihm vorgeschlagenen Abkommen mit den Vereinigten Staaten scheint übrigens inzwischen auch dem Urheber des Gedankens klar geworden zu sein, denn in seiner gestrigen, gelegentlich eines Festessens der Liga für internationalen Schiedsgericht gehaltenen Rede glaubte Sir Edward Grey die beruhigende Versicherung abgeben zu müssen, daß ein Schiedsvertrag, wie er ihn vorgeschlagen habe, nur zustande kommen könne wenn er ohne arrière-pensée — d. h. ohne den Hintergedanken, damit eine Waffe gegen eine dritte Macht zu erlangen — abgeschlossen würde. Ganz abgesehen davon, daß auch der amerikanische Senat kaum einen Vertrag genehmigen würde der die Vereinigten Staaten zur Einmischung in die Streitigkeiten europäischer Mächte verpflichtete, scheint es nach allem mit dem besten Willen unmöglich, aus den Unklarheiten und Ungereimtheiten der Greyschen Millenniumsphantasie viel Hoffnung für die Zukunft zu schöpfen.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 20. März 1911.

Reichstagsabgeordneter Dr. Beck über die politische Lage.

Im großen, vollbesetzten Saale der Lesegesellschaft zu Köln hat gestern vormittag der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Beck-Heidelberg über die politische Lage gesprochen. Nachdem der Redner zunächst noch einmal der Seiten des vergangenen Blocks gedenkt hatte und in Darlegungen, wie der wiederholte Verfall beweist, die Versammlung höflich überzeugten, zeigte, daß bei dem Widerstand gegen die Erbschaftsteuer bei den Konservativen und beim Zentrum nicht sachliche, sondern politische Rücksichten, die Angst vor dem liberalen Einfluß und der Doh gegen den Fürsten Bälou den Ausschlag gegeben hatten, freigerte sich die Wirkung der Rede noch, als Geheimrat Beck auf das Verhältnis der nationalliberalen Partei zu den übrigen Liberalen, zu den Parteien des schwarz-blauen Blocks und zur Sozialdemokratie kam. Die große Mißere unserer politischen Lage sei, daß die großen politischen Gesichtspunkte immer mehr hinter den materiellen Nöten verschwinden und daß die einzelnen Stände immer mehr zum Zusammenschlusse drängten und der Werbearbeit der politischen Parteien Schwierigkeiten machten. In solchen Zeiten sei es von großer grundsätzlicher Bedeutung, wenn Ereignisse, wie die letzten Engländer des Papstes mit ihrer Einschränkung der Weisheitsfreiheit und ihren Uebergriffen auf das Herrschaftsgebiet des Staates, die Erinnerung zurückbrächten, daß das Bürgertum neben seinen materiellen Sorgen

Seuilleton.

Der Niglon.

Zum 100. Geburtstag des Herzogs von Reichstadt.

Der Morgen des 20. März 1811 dümmerte trübe über Paris. In den Zullerien herrschte ein unruhiges Treiben und gespannte Erwartung; der Hof und alle Würdenträger waren versammelt; man erwartete die Geburt des ersten Kindes Napoleons. Am Tage vorher hatten Extrablätter verkündet, daß die Geburt des Kaisers unmittelbar bevorstehe. Volkswaffen wogten in den Straßen und drängten nach dem Zullerparadeplatz, um die Kunde sofort mit Jubel aufzunehmen. Der Kaiser war in höchster Erregung, denn die Geburt ging nicht leicht von statten, und ein operativer Eingriff erwies sich als notwendig. Napoleon beschwor die Hergötze, nur an die Rettung seiner Frau zu denken; ganz verdrückt und gebrochen wandte er ins Redenzimmer und drückte die heiße Stirn gegen die Fenster, um Hoffnung zu suchen. So traf ihn die Nachricht von der Geburt seines Sohnes. Sein schuldloser Wunsch war erfüllt; er stürzte in seiner Gemahlin und umarmte sie. Doch hatte der Neugeborene in seiner Lebenszeit von sich gegeben; erst als man ihn in warme Tücher einwickelte und mit Wasser besprach, ließ er einen schwachen Schrei hören. Freundestränen konnten über des Weltkerrichters Wangen, vielleicht die ersten, die er in seinem Leben vergaß.

Dem Kaiserlande, das damals, vor nun hundert Jahren, von seinen Eltern und von einem ganzen Volke so jubelnd begrüßt, das nicht der Welt erblühte, war ein tragisches Schicksal beschieden, das nicht zu den Höhen der Macht und des Ruhmes, sondern in die Tiefen einer selbstverschuldeten Qual und in frühen Tod führte. Selten einer selbstverschuldeten Qual und in frühen Tod führte. Selten einer selbstverschuldeten Qual und in frühen Tod führte. Selten einer selbstverschuldeten Qual und in frühen Tod führte.

die Franzosen den Niglon, den jungen Adler, haben, dessen neue Sonnenläge sie zu neuer Größe führen sollten. In Romonen und Dramen hat man ihn später verherrlicht, und Edmund Rothand hat seine ganze geschickliche Vorliebe aufgewandt, um dies zarte, blasse Leben mit dem goldenen Schimmer einer romantischen Verklärung zu umhüllen.

Wie alle Erbgeborenen, galt auch der kleine Napoleon schon in der Wiege als ein Wunderkind. Bereits einen Monat nach seiner Geburt schrieb Erzbischof Herbinand an den Großvater, seinen Bruder Kaiser Franz: „Der kleine Herr ist wie das Leben, und könnte nicht geküßter und schöner sein, als er ist.“ Der überglückliche Vater widmete dem Säugling all seine freie Zeit und wollte ihm mit einem Monat schon zu essen geben! Später wurde das Kindlein, das in einem leibengelühten, von zwei weißen Schöchen gehalten und mit der Kaiserkrone geschmückten Wägelchen spazieren ließ, der Kleinling des Volkes. Wunderschöne aller Art wurden ihm überreicht; seine Erzieherin, die Gräfin Montecenis, ließ den Knaben schon früh zu Wollstücken an, sobald sie der Kaiser einmal mit Rücksicht auf seine Rasse scherzend bat, sie möge doch bisweilen einmüßige Wege für die Spazierfahrten wählen. Das vernünftige Kind war mitunter sehr eigenartig. Einmal fragte es in auf irgend einem Anlaß wieder zurück: „Woher zu trinken und wozu ich auf dem Fußboden herum. Da hand die Gouvernante rasch auf und schickte die Gräfin. „Was machst du da?“ „Ich trinke ich an „Monten Sie.“ erwiderte die Gräfin Montecenis, „daß die Franzosen ihren zukünftigen Kaiser achten könnten, wenn man ihn hinaus bis auf die Straße schreien ließe.“ Sofort stand die Gräfin auf und schickte die Gräfin. Die schönsten Stunden verbrachte er bei seinem Vater; da durfte er nach Herzenslust herumtollen, wozu selbst die kaiserlichen Pläne und Barrieren durcheinander und unterbrochen die vortragenden Minister mit seinen vergnügten Augen. Als der Kaiser nach dem unglücklichen russischen Feldzuge geschlagen zurückkehrte, wird er zunächst die Leidenschaft und Beschäftigung sich am liebsten mit seinem Sohnen. Einmal trat er in sein Schlafzimmer und wollte ihm Gutes sagen, da fiel die Gräfin vor einem Krustix und sprach eben den Schluß seines Kostgebetes: „Nieder Gott, laß doch Paps Frieden machen, zum Wohl Frankreichs, zum Wohle der ganzen Menschheit.“ Schweigend verließ der Kaiser

das Zimmer; auf St. Orens hat er noch kurz vor seinem Tode diese Szene den wenigen Getreuen erzählt und bitterlich gemeint.

Und bald kam der Augenblick, wo Napoleon sein Kind zum letzten Mal umarmte und es schützend den Offizieren der Nationalgarde zum Schutz empfahl. Wenige Momente darauf trat man den kleinen König von Rom mit Gewalt aus den Zullerien zu dem Wagen, der ihn nach Osterreich führte, während er sich schreiend sträubte und schrie, er habe seinem Vater versprochen, ihn in Paris zu erwarten. Als er an der Seite seiner Mutter die Schönebrunner Schloßterrasse hinausstieg, und die Damen des Wiener Hofes nicht müde wurden, ihm die kleinen Hände zu lassen, da war er schon ein Prinz von Parma, und nicht lang danach wurde der Erbe eines Weltreiches zum Herzog der kleinen Herrschaft Reichstadt. Am Wiener Hofe erhielt er nun, von den guten Großeltern freundlich aufgenommen, eine treuliche Erziehung; aber schon von frühesten Jugend an war seine Phantasie aufgeregt, hing mit leidenschaftlicher Verehrung an dem Vater und wühlte sich in die vergangene Manzeit hinein. Prächtig, unruhig, reich genährt von jugendlich hochfliegenden Plänen, verzehrte er sich in dem heißen Feuer eines unruhigenden Ehrgeizes. Nur mit Weisheit und Kriegswissenschaften wollte er sich beschäftigen; wenn er aus seiner gewöhnlichen Zurückhaltung einmal hervortrat, äußerte er seine Erzieher mit Fragen nach seinem Vater. Der Tod des Angebeteten erschütterte ihn tief.

Als er mit 19 Jahren zum ersten Mal beim Ball des englischen Botschafters in der Lesensgesellschaft erschien, war seine schwermütig schöne Erscheinung das Entzücken aller Damen. Seine elegante, bloß dem schmächtigen Gestalt, die großen blauen Augen mit den schweren Schattens und die milde Blässe seines Gesichts ließen aber auch bereits ahnen, daß er den Reim des Todes in sich trug. Der Herrliche, junge Herr, mit dem er sich den Strapazen des militärischen Dienstes hingab, trug dazu bei, ihn völlig zu entkräften. Er litt an entzündeten Ohrenentzündungen und Schwächezuständen; in seiner Mundhöhle hatte sich Ulcer gebildet, so daß er kaum atmen konnte. Am 22. Juli 1818 verlor sich das milde Leben, das schon so lange nur schwach und unruhig geklammert hatte. „Ich gehe unter! Ich gehe unter! Meine Mutter ruhen!“ waren seine letzten Worte, dann entschlief er sanft in den Armen des Erbherzogs Franz Carl, ohne eigentlichen Todeskampf. . .

auch wertvolle ideale Güter zu verteidigen hat, die bei den liberalen Parteien gut aufgehoben sind. Mit großem Beifall nahm die Versammlung die mit bemerkenswerter Offenheit und Entschiedenheit vorgebrachte Erklärung entgegen, daß die nationalliberale Partei aus der Vergangenheit gelernt habe, jedes Eingreifen in die Interna der katholischen Kirche ablehne und auch den Gedanken eines neuen Kulturkampfes verwerfe. Im letzten Teil seiner Rede beschäftigte sich Abgeordneter Dr. Beck mit dem Verhältnis zur Sozialdemokratie, deren Wesenscharakter als Klassenpartei sie mit der nationalliberalen Partei, als der Partei des Ausgleichs und der Versöhnung der Klassen, in einen unüberbrückbaren Gegensatz bringe. Der überaus reiche Beifall wie die lebhaft, dem Vortrage folgende Besprechung zeigte, daß Geheimrat Beck mit seinen Ausführungen das gegeben hatte, was die große Mehrheit der Versammlung empfand. Herren aus den verschiedensten Lagern sprachen dem Redner ihren Dank aus und gingen nur auf die unsere innere Lage beunruhigende Frage des Verhältnisses zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie im Kampfe gegen den schwarz-blauen Block näher ein. Das Verhalten der Nationalliberalen in den Wahlen freies Siegen und Hagen land, lt. „Köln. Stg.“, auf mehr als einer Seite eine herbe Beurteilung.

Nachmittags sprach der Abgeordnete dann noch in einer Versammlung der Kölner Oberpostschaffner-Vereinigung, die ebenfalls zahlreich besucht war, über Beamtenfragen im Anschluß an einen Vortrag des Redakteurs Schäfer von der Postwelt, dem Organ der Oberpostschaffner-Vereinigung, in Berlin.

Aus der Reichstagswahl in Siegen-Ridda

ziehen die Jungliberalen Blätter folgende Lehre: Die Realpolitik nach heftigem und weisfüßigem Rezept führt notwendig zum Untergang des National-Liberalismus. Die Politik, die auf einer Kreuzung von nationalliberalen und konservativ-bürokratischem Geiste basiert, hat gänzlich versagt, von rechts vermag sie keine Stimme zu gewinnen, und noch stets verliert sie ungezählte. In Hessen sowohl wie in Westfalen kann der Nationalliberalismus seinen Bestand nur behaupten, wenn er seine Politik ohne Vorbehalt noch der nationalliberalen Gesamtpolitik einstellt. Erst dann ist die allseitig-notwendige Klarheit und Geschlossenheit erreicht.

Das Organ des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend mißbilligt natürlich im Einklang mit der Auffassung der badischen Nationalliberalen die Stichwahlparole der Siegener Nationalliberalen für den Antisemiten:

Die neue Parole aus Hessen wird nichts anderes bewirken, als einen noch größeren Abfall nationalliberaler Männer in Hessen selbst und eine allgemeine Verbitterung in den weitesten Kreisen der Partei. In dem Kampfe, der uns bevorsteht, in welchem wir Hoffmann und mit ihm andere Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion richtig proklamiert haben, unter allen Umständen mit der Front nach rechts gelämpft werden muß, wird man uns immer auf das klügliche Verhalten der hessischen Nationalliberalen verweisen können, ohne daß wir die Möglichkeit hätten, uns anders zu wehren, als dadurch, daß wir diese energisch von unsern Redaktionsabteilungen abschneiden. Das also ist der Erfolg derjenigen, die im Interesse der Partei in Hessen ein Liebdägen mit dem Bund der Randwirte und den Antisemiten unter scharfem Protest der Mehrheit der Partei glauben nicht lassen zu dürfen, und dabei hülften sich diese Herren noch immer mit gönnerhaftem Augurenlächeln in die Loge des Hegelebewußten Stolz und glauben alle diejenigen als politische Toren und Kurzsichtige abweisen zu sollen, die nicht ihrer eigenen Ansicht waren. Diese Herren sind die Totengräber der nationalliberalen Partei in Hessen; sie können sich aber auch rühmen, wieder einmal tiefgehende Mißstimmung auch in die Wähler unserer Partei außerhalb Hessens getragen zu haben. Wahrhaftig, es ist dringend nötig, daß wir uns vor unsern eigenen Freunden mehr haben, als vor unsern Feinden!

Deutsches Reich.

— Ein letzter Appell des Kanzlers? Die „Münch. Stg.“ will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, der Reichskanzler bereite sich zu einem Redueell mit der äußersten

Linke, vielleicht aus Anlaß der Verkündung der Wahlparole für Siegen-Ridda, vor. Herr v. Bethmann dürfte aus diesem Anlaß einen letzten dringenden Appell an die bürgerlichen Parteien richten. — Diese Meldung beruht auf Erfindung. Wie die „Tägl. Rundschau“ mitteilen kann, denkt der Kanzler gar nicht an ein solches Redueell, am wenigstens aus Anlaß der Wahlparole Siegen-Ridda.

Badische Politik.

Aus der Partei.

— Wallstadt, 20. März. Am gestrigen Sonntag fanden hier nicht weniger als drei öffentliche Versammlungen statt. Während die Sozialdemokraten in der „Linde“ und die Zentrumskomitee im „Pflug“ tagten, hatten die Nationalliberalen die schriftliche Einladung zu einer Versammlung in die Wirtschaft „Prinz Max“ ergehen lassen. Trotz des schönen Sonntagswetters war hier eine stattliche Anzahl liberaler Männer erschienen. Der Vorsitzende des nationalliberalen Ortsvereins Wallstadt, Herr Volker, eröffnete die Sitzung und erteilte Herrn Direktor Dr. Bernhard Weber-Mannheim zu seinem Vortrage „40 Jahre Deutschland“ das Wort. Der Redner entwarf zunächst ein feindseliges Bild von den Schicksalen des deutschen Volkes, bis es seinen Weg zur Einigung gefunden. Dann schilderte er die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den letzten vierzig Jahren seine sozialen und kulturellen Leistungen unter dem Schutze des Friedens. Redner erwähnte zum Schluß in eindringlichen Worten, angeht das Erreichbare froh zu sein des Vaterlandes, überhaupt über allem Parteihader die Freude am Dasein nicht zu vergessen. — Die Versammlung war den 1 1/2 stündigen Ausführungen mit großem Interesse gefolgt und spendete am Schluß lebhaften Beifall. In der sich anschließenden sehr angeregten Aussprache forderte Herr Sid. Harman-Mannheim die Anwesenden auf, bei den kommenden Wahlen aus den Ausführungen des Redners die Schlüsse zu ziehen. Herr Parteisekretär Wittig gab einen kurzen Ueberblick über die politische Lage und die Stellung der Parteien zueinander und Herr Sid. Kleinmuth betonte das warme Eintreten der Nationalliberalen Partei für die Landwirtschaft. Herr Lehrer Arnold-Wallstadt wies darauf hin, daß ein engerer Zusammenschluß aller liberaler Bürger auch hier am Orte erforderlich sei. — Alle diese Ansprachen wurden beifällig aufgenommen. Freudig wurde die Anregung begrüßt, demnächst einen Lichtbildervortrag stattfinden zu lassen. — Es ist zu hoffen, daß nun auch hier in Wallstadt wieder ein regeres Partieleben eintreten wird.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 20. März 1911.

Vortrag Prof. Wahrmunds im Antiklramontanen Reichsverband.

Die Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen des A. K. R. hatte am Samstag Abend an einer öffentlichen Versammlung in das Gesellschaftshaus Ludwigshafen eingeladen, für die der bekannte Vorkämpfer der modernistischen Bewegung in Oesterreich, Prof. Wahrmund, als Redner gewonnen war. Der Vortrag war demnach sehr gut besucht, und zwar wurde der Vortrag von dem Vorsitzenden, Prof. Wahrmund, eröffnet. Er wies auf die Trennung von Staat und Kirche hin, die in der letzten Zeit immer mehr in den Vordergrund tritt. Er erwähnte die Trennung von Staat und Kirche in der Schweiz, die in der Schweiz im Jahre 1848 sei die Umgestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden. Die innere Trennung der Kirche von der Gesellschaft habe sich im Abendlande an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert angebahnt, und sei bei der großen französischen Revolution abgeschlossen gewesen. Vorher handelte es sich um die Trennung der Kirche von der Welt, die von der katholischen Kirche geschaffen worden. Kirche und Staat galten als eine Einheit, bei der es zwei Gewaltträger, den Papst und den Kaiser gab, der letztere sich aber dem erhabenen Papst unterordnen mußte, daß der Kaiser nur ein Exekutivorgan des Papstes war. Der Verkauf der Untertänigkeit führte zur innerlichen Trennung. Hatte im Mittelalter der Klerus durch die Gesellschaft den Staat beherrscht, so sollte im 16. Jahrhundert, als die Gesellschaft von der Kirche loszulassen begann, die Ge-

meinschaft bereit zur Macht, als Loriaz dasjenige kommt und mit dem Dolche aus den Redenswörter eintritt. Auch dieser nicht das Messer, Loriaz fährt sich zwischen die Streitenden und wird von Renauds Dolch getroffen. Im Sterben sagt er sich von Loriaz los und gibt ihnen Geiß in Renauds Armen an.

Das Libretto ist von Paul de Choudens, einem bekannten Pariser Musikverleger, verfaßt. Niemand wird sagen können, daß das Buch besonders wertvoll ist. Doch gestimmt ruht es auf billigen Effekten und effizienterischer Dramatik, ohne tiefere Psychologie und ohne viel Handlung. Der Oberregisseur der Kgl. Oper, Georg Drexler, hat sich der Mühe unterzogen, den Text ins Deutsche zu übertragen. Mit der Wahl dieses Stoffes sah die Komposition eine besondere Aufgabe zu lösen; wie er in einem Interview erzählt, hat er mit Loriaz das Ziel erreicht, für die Provence zu werden, was Witz mit der „Carmen“ in Spanien geworden ist. Aber der Erfolg ist mäßig, und die Musik ist schwach.

Wie in „Pagliacci“ ganz besonders, so hat sich Doncavalle auch in „Loriaz“ durch die Forderungen der vorjährigen Schule der Jungitaliener unterworfen, wenn auch nicht zu vollkommen ist, daß er insoweit von ihnen abweicht, als die Melodie einen breiteren Spielraum gewonnen hat. Leider ist das nicht immer ein Gewinn für diese Oper Doncavalle, das weicht in geradezu gemeingefährlich banal und trivial. Das war wohl auch die Ursache des äußeren Erfolges der Pariser Aufführung, besonders nach dem dänischen Erfolg am Ende des zweiten Aktes. Möglich, daß sich manches aus Loriaz das Ziel erreicht in den Strophen und Nachtgesängen erobert wie etwa: „Duj mit Mabel!“ Damit wäre allerdings das Urteil über den neuen Doncavalle gesprochen. Die Gerechtigkeit verlangt jedoch, daß auch, was gut ist, anerkannt wird. Vor allem betrifft das die Anfänge an Witz und Verstand, aber wir befürchten, daß für dieses Lob der Stempel wenig Bekanntheit haben wird. Gut erstanden sind das Freizügliche, das baldendste Lied Renauds: „Moi, moi, Marion!“, die Liederebene sowie die Tänze und das benetzte und farbenfreundliche Kostüm. Hier zeigen sich die Vorzüge Doncavalle'scher Musik, wie wir sie in den Pagliacci fanden: in Kommi gepaart mit süßlichem Temperament.

schaft durch den Staat beherrscht werden. Mit allen Mitteln suchte der Klerus seine frühere Macht wieder zurückzuerlangen. Namentlich schenkt aber dem Klerus doch die Erkenntnis gekommen zu sein, daß er auf diesem Wege nicht wieder zu seiner früheren Machtstellung gelangen konnte, er suchte die Herstellung eines Bündnisses zwischen Staat und Kirche. Und da habe sich die katholische Kirche als eine sehr geschickte Diplomatin erwiesen, sie will durch diesen Frontwechsel durch die Gesellschaft den Staat beherrschen, aber nicht mehr vom kulturellen, sondern vom politischen Standpunkte aus, gebietet sie natürlich dabei als liberal, sozial und humanitär. Bis jetzt ist es aber ihr noch nicht gelungen, irgend eine der liberalen, sozialen oder humanitären Grundforderungen zu erfüllen. Die Massen sollten dem Klerus den Thron der Kirche zurückerobern und darum mühte heute der Modernismus die Fingel deschnitten werden. Da Zwangsmaßnahmen nicht mehr anwendbar sind, wird dieser Kampf durch Agitation und Organisation geführt und ganz besonders ist der Kirche bei diesem Kampfe der Einfluss in der Volksschule von Wichtigkeit. Gegenüber dem Kampfe des Klerus, der mit den brutalsten Mitteln seine Machtstellung zurückzuerlangen sucht, unter der Bedingung der Referent die zwei Fronten: die Frauen, die die Zugehörigkeit zu der katholischen Kirche als eine konventionelle Formlichkeit betrachten und nicht die Konsequenzen ihrer innerlichen Reuezugung ziehen und jene, welche sich in freie Religionsgesellschaften zusammenschließen. Bei der rücksichtslosen Verfolgung dieser freien Religionsgesellschaften habe sich leider der Staat vollständig von dem Klerus und Schwestern nehmen lassen. Er wolle damit gegen seine eigenen Kräfte, Er arbeite dem Radikalismus in die Hände und man brauche sich nicht zu wundern, wenn schwarz und rot die Zukunft beherrschen werden. Den Liberalen habe man zum Programm die Toleranz gemacht. Beim Klerus aber die Intoleranz. Der Referent ist der Reuezugung, daß die Entwidlung mit Naturnotwendigkeit an dem Punkte gelangen werde, wo die führenden Kräfte fragen müssen, ob die Kirche noch eine nennenswerte Rolle im Staate spiele und wenn dies nicht mehr vorliege, würde sich auch eine legislative Form der Trennung von Staat und Kirche finden. Der Staat, der allen Konfessionen Schutz und Tuldung gewährt, soll in seinem Inneren die Konfessionen nicht zulassen. Mit einem warmen Worts an die Anwesenden, zu einem gemeinsamen Kampfe in dem A. K. R. schloß Redner unter mühseligem Schwitzen seinen Vortrag ab. Sehr reichhaltige Ausführungen. In der kurzen Diskussion Redner u. a. behauptete die Theile auf: Trennung des Staates von der Kirche um des Staates willen, aber auch um der Kirche willen.

• Ordensauszeichnung. Der Großherzog hat dem Fabrikdirektor Kommerzienrat Adolf Benzinger in Mannheim die Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Königlich Preussischen Ordens Adler-Ordens vierter Klasse erteilt.

• Aus dem Staatsdienst entlassen wurde Regierungsbaumeister Richard Koch in Heidelberg auf Ansuchen unter Befassung des Reichs Regierungsbaumeister, jedoch mit dem Besage a. D.

• Ernannt wurde zum Großherzog der von der Kirchengemeinde Pörsch gewählte Pfarrer Dr. Hermann Greiner in Höchst am Main der Stadtparochie in Pörsch.

• Antwerpener Internationale Ausstellung 1911. Für eine Exposition Internationale d'Alimentation, Prosserie, Vins u. Miners etc., die vom September bis November 1911 in Antwerpen stattfinden soll, wird a. St. auch in Deutschland Propaganda gemacht. Trotdem dem Ehrenkomitee der Ausstellung hochstehende Persönlichkeiten angehören, kann die „Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie“ eine Beteiligung nicht empfehlen.

• Goldene Jubelfeier im Mannheimer Sängerbund. In einer schönen und in ihrer Art wohl seltenen Veranstaltung hatten sich die Mitglieder und Freunde des Mannheimer Sängerbundes am Samstag Abend im Wallhaufe äußerst zahlreich eingefunden. Es galt, die beiden Gefangenen Gottfried Krug, Ehrenpräsident des Vereins und dem Ehrenmitglied Franz Schund, die beide in diesen Tagen auf eine 50jährige Zugehörigkeit zum Sängerbund zurückblicken können, in würdiger Weise zu ehren. Daß bei dieser Gelegenheit die Anhängerschaft des Vereins fast vollständig zur Stelle war, ist ein erfreuliches Zeichen, wie voll die Bedeutung der Feier gewürdigt wurde. Wenn man dann auch noch die Tatsache rechnet, daß der eine der beiden Jubilare, nämlich Franz Schund, noch heute in muntergültiger Weise als aktiver Sänger im Vereine tätig ist, so wird man unter den Mitgliedern wohl freudig den Beschluß des Vorstandes vernommen haben, dieses seltene Fest in einer aus dem Rahmen der üblichen Ehrungen hinausgehenden Weise zu feiern. Es herrschte eine festliche Stimmung im Saale. Zu beiden Seiten des Podiums hatte man gefällige Gruppen von Lorbeerblumen und sonstigen Blütpflanzen zusammengestellt. Die Damen waren in frühlingstreibendem Hell gekleidet. Als die beiden Jubilare den Saal herein- und zu ihren Ehrenplätzen geführt wurden, mußten sie das Spalier der Festdamen passieren. In beiden Seiten erhoben sich die Anwesenden ehrend von den Siben. Zu gleicher Zeit rauschte auch die E. M. v. Weber'sche Jubelouvertüre des Orchesters Kapelle Peiermann, die Herr Hofmusikant dirigierte, durch den Saal. Alsdann sang der Chor „Die Almacht“ von Schubert in ausgezeichneter Vertassung. Das Solopart für Sopran betrat Frau Rose Stegmann, deren kräftiges und wohlklingendes Organ die Gesamtdarbietung sehr günstig beeinflusste. Im Klavier begleitete Max Becker den Chor mit seinem vorzüglichen. Als die erhebenden Akkorde des prächtigen Chores, der vielleicht etwas wuchtiger hätte wiedergegeben werden müssen, verklungen, betrat Professor Drees, der erste Vorsitzende, das

An äußerem Aufwand gedraht es der gestrigen Aufführung nicht. Der Erfolg hatte sich des Wertes mit besonderer Liebe und Sorgfalt angenommen, und dem Orchester kann in der Tat nur Glück nachgesagt werden. In der Darbietung aber zeigte sich wieder die trotz Unzulänglichkeit des Opernensibles, doch befriedigende Kunst der Darsteller. Am ehesten gelang es noch Frau Krug, die eine temperamentvolle leidenschaftliche Loriaz gestaltete; während wurde aber das formidabile Drama ihrer Stimme. Der Loriaz des Herrn W. Schaff war ein alles forciertes Gesehe, der Renaud des Herrn Macleanu allzu matt und farblos. Doncavalle mußte sich nach dem zweiten und dritten Akt wiederholt dem Publikum zeigen. Ueber einen Achtungserfolg brachte es freilich die gebräugte Aufführung nicht hinaus.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Wiesbadener Walfestspiele. Dem Kaiser sind, nach Mitteilung der Intendantur des Wiesbadener Hoftheaters, für die Walfestspiele folgende Stücke zur Aufhebung vorgelegt worden: „Die weiße Dame“, „Kaiserin Elisabeth“, „Die Stimme von Portici“, und „Der Oberon“. Ferner soll „Der Verdammte“, mit Konrad Treber als Gast, ebenfalls auch die Oper „Acte“ von Joan Ronen aufgeführt werden, und zwar dieses Werk auf besonderen Wunsch des Königs von Spanien.

Ein ungeheurer Ausbruch der Sonne ist nach dem „N. N. G.“ kürzlich auf der Sternwarte von Adolfsanal in Sardinien beobachtet worden. Höhe und Dauer dieses Ausbruchs, der in der bekannten Form einer Protuberanz am Sonnenrande sichtbar war, erweilten sich als durchaus ungewöhnlich. Als die Protuberanz zum erstenmal photographiert wurde, hatte sie die Höhe von fast einer Bogennminute und bedeckte rund 16 Breitengrade des Sonnenabes. Weiterhin wuchs die Breite bis auf 30 Grad, die Höhe bis auf 30 Sekunden. Die Sichtbarkeit dauerte in mehr oder weniger deutlicher Form 22 Tage, da die Protuberanz auch auf der Sonnenrückseite sichtbar, also außerhalb des Randes wahrzunehmen war. Genau Messungen, die an den Photographien vorgenommen wurden, zeigten, daß diese bunten Massen von Calcium- und Wasserstoffdampf, die in der Höhe

Ruggiero Leoncavallo: Loriaz.

Italisches Drama in 3 Akten.

Erstaufführung am Berliner königlichen Opernhause.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

□ Berlin, 10. März. In der königlichen Oper war in dieser Spielzeit wenig zu vermelden. Vor allem kein neuer Gewinn zu dem ohnehin nicht gerade unwürdigen Seltsamkeit; in Hinblick auf die Tätigkeit der Oper war eine Reueinrichtung der „Jaubertliebe“ und die Erstaufführung von Gumpert's „Königskinder“. Und als ob sonst in demselben Saal nichts Neues komponiert werden sei, wird kurz vor Lorenz's Tod nach schnell des Italiens Leoncavallo letzte Schöpfung „Loriaz“ herausgebracht. Leoncavallo hat — besonders durch seinen „auf allerhöchsten Befehl“ komponierten „Roland von Verste“ — Oemalrecht an der Berliner Oper erworben, kraft dessen auch „Loriaz“ legt an dieser Bühne ihre Erstaufführung erleide. Eine andere Urkunde, vor allem eine im künstlerischen Werte dieser Oper gegründete, ist kaum zu erkennen.

Loriaz ist eine junge Ömerin aus der südfranzösischen Gegend, in Diensten des alten Gernata, zu dessen Sohn sie in leidenschaftlicher Liebe entbrannt ist. Die Liebe Loriaz wird von Gernata's Sohn, Renaud, erwidert. In der Ferne als Soldat scheint Renaud jedoch Loriaz zu vergessen, die dabei handhaft den Liebeswerbungen des jungen und kaiserlichen Orlens Loriaz widersteht. Bis dieser erzählt, daß sie Renaud auf dem Volkstische in Beaucaire wiedersehen werde, jedoch am Arme einer andern — seiner Frau. Für diesen Fall verspricht Loriaz, Renaud's Geliebte zu werden. Zwar kehrt Renaud zurück und gibt sich mit Loriaz nächstherweise ein Stellbilden, am anderen Tage aber brät Gernata auf dem Volkstische dem Piraten Loriaz Renaud und die ihm aufgenommene reiche Frau vor. Nach einer bewegten Szene zwischen Renaud und Loriaz wird die Liebe Loriaz in die Arme. Stärker jedoch als vorherjam und Oerantelie ist bei Renaud die Liebe zu Loriaz; und auch diese vermag ihre alte Liebe nicht zu verwirren. In der Höhe will sie Vergessenheit finden, ihr Weg kreuzt sich mit dem des früheren Geliebten. Schon glauben sie sich wieder-

auf der Vorderseite mit einer goldenen „50“ auf rotem Grunde geschmückte Podium, um in herzlichen Worten der Bedeutsamkeit des Tages Ausdruck zu verleihen. Prof. Dross konnte außer die Herren Geh. Reg.-Rat Dr. Clemm und Bürgermeister Dr. Hirtler als Vertreter der Staats- bzw. Stadtbehörde noch weitere Ehrengäste in reicher Zahl begrüßen, so Herr Landtagsabg. und Rechtsanwalt Friedrich König, den Präsidenten des Badischen Sängerbundes, sowie die Deputationen und Delegierten der Brudervereine und befreundeten Korporationen. Später erschien noch Herr Stadtrat Vogel. Neben den hiesigen Vereinen Niederfranz, Lehrergesangsverein Mannheim-Ludwigshafen, Verein für klassische Kirchenmusik, Kasinogemeinschaft, Männerverein Amicitia und Mannheimer Bauhütte hatten sich Vertreter des Niederfranzes Heibelberg und der Liederkarte Karlsruhe, sowie in einer größeren Deputation die Fideletas Speyer eingefunden. Telegraphische Grüße haben u. a. der Männergesangsverein Strahburg i. El., der Niederfranz Karlsruhe, gelangt. Ebenso hat Herr Kallmer, der Ehrenpräsident der Mannh. Liederkarte, von Mentone aus seine Gratulation in herzlichen Worten überbracht. Prof. Dross schilderte nun die Verdienste der beiden Jubilare um den Mannheimer Sängerbund. Aus dem Wortlaut des Redners war zu entnehmen, daß Gottfried Krug dem Verein 1861 beigetreten ist und ab 1863 38 Jahre lang ununterbrochen dem Vorstand angehört hat, darunter 8 Jahre als Präsident des Vereins. Beim Austritt von der Leitung des Vereins wurde er in Würdigung seiner Verdienste um die Sangesache zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Franz Schund war das Muster eines Sängers, wie man ihn wohl allen Vereinen in recht großer Anzahl wünschen möchte. Nicht nur die Liebe zum Gesang habe die beiden Jubilare so frisch und rüstig erhalten, wie man sie vor sich sehe, sondern auch eine glückliche Ehe, die die treuen Sänger seit 46 resp. 45 Jahren mit ihren Lebensgefährtinnen vereinen. In das Hoch auf die Jubilare stimmten die Versammelten mit lebhaftester Freude ein. Nachdem der Chor hierauf den badischen Sängerspruch intoniert hatten, traten auf der Bühne die Festdamen heraus und überbrachten den Gelehrten zwei große Blumensträuße, aus deren Blumenfülle kleine Vorbeerkränze emporragten, deren Kreis mit der aus Weizen zusammengesetzten Zahl „50“ ausgefüllt wurden. Neben weiteren Blumensträußen erhielten dann noch Herr Krug eine aus Erz gegossene Statue (Wachantentänzerin) und Herr Schund eine prachtvolle Standuhr. Herr Wilson überbrachte die Glückwünsche namens des Badischen Sängerbundes. Herr Protokollist Walbeß gratulierte im Namen des Niederfranzes und übergab zwei große Vorbeerkränze, deren Schleißen die Farben des Niederfranzes trugen. Herr Krug sprach auch namens seines Jubilars herzlich bewegte herzlichen Dank für die zahlreichen Ehrungen aus. Sein Hoch galt dem Hochsch. Blühen und Gedeihen des Mannheimer Sängerbundes. Herr Direktor Sander bedankte sich unter offener Heiterkeit ein humoristisches Epos, das vor 25 Jahren anlässlich des 25jährigen Sängerbundjubiläums der beiden Jubilare in der Badischen Sängervereinigung erschien. Der Chor „Segenswunsch“ beendete den Festakt, an den sich dann eine Damenliedprobe angeschlossen. Diese nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Die Bedienung hatten Damen des Vereins übernommen. Herr Jakob Eschelman begann den Reigen der Darbietungen mit dem Prolog aus „Fogliacci“. Reizend war das Heiterkeits-Duett aus dem „Fidelen Bauer“, das Frau Dill Eberle mit ihrem Töchterchen Margarete sang. Herr Fritz Schmitthelm erfreute die Anwesenden mit 2 Liedern für Tenor. Nicht beachtenswert war der Vortrag des Liedes der Christel von der Post aus dem „Fogelhändler“ durch Hil. Anni Seuner. Die talentierte junge Dame bekam persönlichen Beifall gesendet, der sie zu einem de capo veranlaßte. Ebenso hat das Duett der Aurluftin (Frau Stegmann) aus dem „Fogelhändler“ mit dem Damenchor allgemein gefallen. Dann hat aber noch der Chor des Vereins mit seinen Gesangsvorträgen lebhaften Applaus gemietet. Der zweite Teil der Bierprobe war mehr der Fideletas gewidmet. Die Gebrüder Bud, unsere ausgezeichneten Solokünstler, haben durch ihre Darbietungen wieder stürmische Heiterkeit hervorgerufen. In der Sololänge „Auf Centaurenland“, in der Frau Bud die Jena interpretierte und das Duett „Prämiiert“ errangen großen Beifall. Ganz vorzüglich war aber auch das Duett aus dem „Fidelen Bauer“, das durch Frau Eberle und die Herren Eberle und Cassar vorgetragen wurde. Den Gänzlichlichen-Marsch aus dem Ballet „Bergheimkehr“ tanzten die Damen Käte und Marie Häbl, Busch, Reuß, Morfel, Pödtner und Schenk sehr charmant. Die gute Einstudierung war nicht zu verkennen. Nicht unerwähnt mag die Serenade für 2 Violoncellen der Herrn Jacob und Eschelman bleiben. Nahe den einzelnen Darbietungen des unterhaltenden Teils des Programms gab reichen Beifall. Viele Darbietungen mußten de capo gegeben werden. Es wurden dann auch noch lustige allgemeine Lieder gesungen, bei denen auch gescherzt wurde. Den Abend beendete ein Köstchen im kleinen Saale. Die Veranstaltung hat bewiesen, daß auch die Pflege der Geselligkeit im Mannheimer Sängerbund nicht vernachlässigt wird.

Verein Frauenbildung-Frauenstudium, Abteilung Mannheim. Auf Einladung des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium ist nach am Mittwoch, den 18. d. Mts., vor einer gut besetzten Versammlung Professor Dr. Gustav Madbrun-Heidelberg im Saale der Voge Carl zur Strauch über das Thema: „Die Organisationsfrage in der Psychologie und ihre Reform“. Der Vortrag war vorwiegend der Kritik der Einzelhaft gewidmet, die der Redner zwar

der landläufigen Gemeinschaftslehre nach für weit überlegen erachtet, die er aber durch das in Amerika erprobte Reformator-System ersetzt sehen möchte. Bei aller Anerkennung der Vorteile der Einzelhaft, besonders der Verhütung des Verbrechens des Gefangenen mit noch verbesserter Mildebehandlung, wählte der Redner das Resultat seiner Betrachtungen doch in diesen zwei Tagen zusammenzufassen: 1. Die Gemeinschaftslehre macht schlechter, die Einzelhaft macht schwächer. Er zeigte, wie schon dies jeden eigenen Willen unterdrückende Gefängnisregime an sich, doch mehr aber die freie Selbstbestimmung des Gefangenen mit der eigenen Person die Willenskraft zerstöre, während sie umgekehrt geeignet sei, den Gefangenen sich selbst immer intensiver vornehmen zu lassen, sein Selbstgefühl ins Unermeßliche zu steigern und phantastische Zukunftsbilder in ihm zu erzeugen. 2. Die Gemeinschaftslehre verleiht, die Einzelhaft befreit, aber sie befreit nur für die Anstalt und nicht für das Leben. Denn die Lebensumstände in der Anstalt sind von denen im Leben so unendlich verschieden, daß von der diesseitigen Befreiung keinerlei Rücksicht auf das künftige Verhalten gezogen werden kann. Der Redner zeigte nun, wie umgekehrt das amerikanische Reformator-System (Citra-System) dem Willen des Gefangenen ab- und kräftigt, indem es ihm schwerere Aufgaben stellt und seine frühere oder spätere Entlassung davon abhängig macht, daß er sie erfüllt, und weiter noch Kräfte bewirkt, in der Strafanstalt ihn vor die gleichen Aufgaben zu stellen, die ihn im Leben erwarten, damit so, was in der Anstalt als Befreiung erscheint, sich auch außerhalb der Anstalt als Befreiung bewähre. Der fesselnde und fernwirkende Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach Herr Staatsanwaltschafts-Direktor Kellblin, der sich zugunsten des herrschenden Gefängniswesens äußerte. Am Schluß der Versammlung wurde von Seiten des Vorstandes eine Resolution zugunsten weiblicher Schwestern eingebracht, die an den Reichstag gehen soll. Sie fand seitens der Vereinsmitglieder einstimmige Annahme.

Der erste Holenzahl ist nun auch in Mannheim auf der Straße erschienen. Heute nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr trug ihn eine junge Dame auf den Plätzen passieren. Die Sensation scheint nur von wenigen Passanten bemerkt worden zu sein; nur die und da wurden einige Damen auf sie aufmerksam. Im übrigen soll sie, wie man uns mitteilt, dieser erste Holenzahl gar nicht so viel ausgenommen haben. Die Dame, die ihn trug, verumlichtet, daß es eine Probierprobe einer Damentelefonnummer an den Plätzen sei, die er sehr gut gefeiert haben. — So schlimm ist es nicht!

Diebstähle. Nachstehende Fahrräder wurden erbeutet: Am 6. März in Reimann ein „Karyad“, Fabrik-Nr. 174 267, mit schwarzem Rahmen, vernickeltes, anwärtigergegener Lenkhebel, am Vorderende neuer Gummimantel. Am 12. März in H. 5, 2 hier ein „Brangala-Rad“, mit schwarzem Rahmen, anwärtigergegener Lenkhebel, an den Rädern feste eine Weiche. Am 10. März ein „Wanderer-Rad“, Fabrik-Nr. 124 267, mit schwarzem Rahmen und Felgen, 2 Schraubchen, freilassend und abwärtsgegener Lenkhebel. — Ferner wurden erbeutet: Am 10. Februar in L. 13, 19 ein Jagdhund, Weibchen, 7 Monate alt, kastriert und braun gefleckt, etwa 60 cm hoch, mit langer Ohren. Oben auf dem Namen „Meißel“ und trägt braunes Lederhalsband. Am 2. März im Hause D. 1, 8 ein neuer Sacko-Krug von brauner Farbe, mit weißlichen Streifen. In der Zeit vom 11. bis 13. März im Reubau Weidhofstraße 70 eine Kugelbohrmaschine, wie solche in Schleiferei-betrieben verwendet werden. Am 14. März im Hause G. 8, 10 ein noch neuer, ungetriebener Handkran mit Feder und zwei Seitenhülsebreitern. Am 15. März im Reubau C. 1, 1 hier eine Feilschmiede, des „M. W.“. Der Täter für die dieselbe mit einem Schutze versehen. Am 17. März aus dem Reubau Offere Maschinenhalle — Gehirnschraube — eine ganz neue Schneidflamme, mit 4 Paar bogengehörigen Schneidbäden von 1, 1/2, 1/2 und 3/4 Zoll.

Beratung des städtischen Voranschlags für 1911.

Erster Tag.
Oberbürgermeister Martin eröffnet die Sitzung um 8 20 Uhr in Anwesenheit von 88 Mitgliedern und gibt bekannt, daß der Stadterverordnetenrat beschlossen habe, auch in diesem Jahre von einer Generaldebatte abzulassen. Jedermann erwartet nun eine große einleitende Rede des Vorsitzenden. Aber auch diese Rede fällt weg. Der Vorsitzende eröffnet sofort die Spezialberatung.

Ehe wir darüber berichten, möchten wir feststellen, daß von den verschiedenen Fraktionen folgende Abänderungsanträge in Gestalt von

- Resolutionen**
- Von der nationalliberalen Fraktion:
Resolution zu Aufgabe § 341 D.-Z. 24: Zur Bekämpfung der Tuberkulose wollen M. 3000 (statt M. 1000) eingestellt werden.
 - Von der Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei:
1. Resolution: In den Straßen am Markt, sowie in dem Stroßenzug zwischen G- und H-Quadranten, in der Jungbühel- sowie Belfstraße soll baldmöglichst elektrische Stroßenbeleuchtung erstellt werden.
2. Resolution: Zur Position Wasserwerk: Die Aufgabe des Wassermehrerbrauchs soll nach dem Jahresdurchschnitt statt nach dem Vierteljahreskonsum erfolgen.
3. Resolution: Bei Wasserwerk Rud. Lvd. in Einnahmen (Seite 360): Aus Wassermessermieten a) von Privaten und Berrichten M. 23 800. Die Wassermessermiete soll in Zukunft wegfallen und die Wassermessung von der Stadt mietlingsmäßig gestellt werden.
4. Resolution: Zur Armenverwaltung Ausgaben Hift. 21a (Seite 388) Hift. 1 „An Solobädern“: Es sollen statt 6000 M. 8000 Mark eingestellt werden.
 - Von der sozialdemokratischen Fraktion:
Wir beantragen die unentgeltliche Beerdigung bzw. Feuerbestattung einzuführen.
Wir beantragen die Herabsetzung des Wochenspreises von 11 Pf. auf 10 Pf.

gewählt. — Das dreitaktige Bühnenstück „Graf Tolstoi“ des Schwärmer von Wilhelm Döring, einem deutsch-schweizerischen Überlingen, erlebte im Kaiserlichen Residenztheater seine Uraufführung. Das Stück erzielte sich als eine kraft- und lebensvolle tragische Auseinandersetzung mit der Weltanschauung Tolstois, dessen Persönlichkeit selbst in dem Mittelpunkt der Handlung gestellt ist. Das Drama wurde mit starkem, ungeteiltem Beifall aufgenommen.

Vereinigte Stadttheater Frankfurt a. M.
Dienstag, 21.: Amalia oder Der Modellenball. — Mittwoch, 22.: Die Heldenmänner. — Donnerstag, 23.: Der Hofkassierer. — Freitag, 24.: Der Wildschütz. — Samstag, 25.: Die schöne Mettie. — Sonntag, 26.: nachm. Der Graf von Dürnburg; abends Die Janderrötte. — Montag, 27.: Undine. — Dienstag, 28.: Die schöne Mettie.
Schankspiel. Dienstag, 21.: Hamlet. — Mittwoch, 22.: Jop und Schwert. — Donnerstag, 23.: Glauco und Helma. — Freitag, 24.: Mabiane Hundsbard. — Samstag, 25.: Ananias-Geflüß. — Sonntag, 26.: nachm. Der Raub der Sabinerinnen; abends Ananias-Geflüß. — Montag, 27.: Jop und Schwert. — Dienstag, 28.: Ananias-Geflüß.

Wir beantragen Beihilfe für die Volksschule.

Bei Hof. 4a „Aus Liegenhaftsaufstellungen“ beantragt Stv. Hirsch die Errichtung einer Bank für zweite Hypotheken in Ermüdung zu stehen. Redner verweist auf andere Städte, in denen eine solche Bank ebenfalls schon eingeführt wurde.

Oberbürgermeister Martin: Es sind bereits in früheren Jahren sehr eingehende Feststellungen und Erwägungen angestellt worden, die aber zu keinem Resultat geführt haben und wohl auch jetzt nicht zu einem Resultat führen dürften. Eine solche Bank hat sehr viele Nachteile. Hier in Mannheim besteht die Rheinische Hypothekbank als Stenographin von einer Viertelmillion M. Diese Hypothekbank ist ein sehr leistungsfähiges Institut, die das Kreditbedürfnis in befriedigender Weise erledigt. Man dürfe einem solchen Institut keine Konkurrenz machen.

Stv. Dr. J. J. J. J.: Eine Konkurrenz gegen die Rheinische Hypothekbank ist völlig ausgeschlossen. Die Gründung einer Bank für zweite Hypotheken liegt im Interesse des hiesigen Grund- und Hausbesitzes. Man sollte der Frage doch näher treten.

Stv. Hirsch verzichtet auf das Wort, da er das Gleiche schon wollte.

Stv. W. Selb: Eine Bank für zweite Hypotheken hat ihre großen Nachteile und Bedenken. Die Banken geben auf gute Pfänder 50-60 Prozent.

Oberbürgermeister Martin: Der Stadtrat wird die Frage in Erwägung ziehen. Ich bin jedoch sehr skeptisch. Wenn die Bank errichtet würde, so müßte die Stadt ihre bisherige Finanzpolitik verlassen. Ich glaube nicht, daß dies gerade im Interesse der Steuerzahler liegt.

Bei Hof. 7a „Strofen und Taxen“ erkundigt sich Stv. Hub wegen der Mitteilung des städtischen Untersuchungsamtes und bemängelt alsdann die geringen Einnahmen des städtischen Untersuchungsamtes. Es werde immer weniger ab.

Oberbürgermeister Martin: Der Stadtrat wird die Frage in Personalfrage. Das schlechte Abschneiden des Untersuchungsamtes sei kein Fehler des Vorstandes, sondern es sei darauf zurückzuführen, daß durch die energische Tätigkeit des Untersuchungsamtes die gute Lebensmittellieferung der Stadt eine weit bessere geworden sei. Wenn keine Beanstandungen erfolgen, so können auch keine Beträge herbeikommen. Ob andere Gründe vorliegen oder ob seitens der Polizei weniger Groben entnommen werden, darüber wir keinen Einfluß haben, glaube ich nicht.

Stv. Bögl: Ich möchte bitten, daß nach dieser Richtung nicht unnötige Treibereien gemacht werden. Es sei richtig, daß die Beanstandungen weniger geworden seien.

Oberbürgermeister Martin: Die Anregung ist nicht von mir ausgegangen.

Stv. Ledt: Ich wollte eben feststellen, daß der Herr Oberbürgermeister gesagt hat. Er hat gesagt, daß nicht mehr so viel Untersuchungen notwendig sind durch das energische Anstreben des Untersuchungsamtes. Ich glaube, die Stadt Mannheim kann verlangen, daß energisch auf die Finger gesehen wird.

Stv. Dr. J. J. J. J.: Die Mindereinnahme ist ganz we andeß zu suchen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Mindereinnahme bei Schmal- und Weinunternehmung groß war.

Bürgermeister Ritter: Es ist eine Zufallserscheinung, wenn bei der Schmalunternehmung die Gebühren in einem Jahre geringer sind, als in dem anderen. Was die Weinunternehmung betrifft, so ist es richtig, daß dem hiesigen Untersuchungsamt eine Konkurrenz entstanden ist dadurch, daß die Stadt Weinheim eine eigene Untersuchungsanstalt eingerichtet hat. In Wirklichkeit betreibt die Weinheimer Untersuchungsanstalt darin, daß ein hiesiger Obermeister die Untersuchungen vornimmt. Es steht jedem frei, das hier oder das Weinheimer Untersuchungsamt mit dem Sitz in Mannheim zur Weinunternehmung heranzuziehen. Es ist unbedenklich an das Hauptkollekt die Anfrage gerichtet worden, ob irgendwelche Beschwerden gegen das städtische Untersuchungsamt vorliegen. Das Hauptkollekt hat bestätigt, daß keinerlei Beschwerden eingegangen sind. Die Untersuchungen seien in prompter Weise erfolgt. Das städtische Untersuchungsamt trifft jedenfalls nicht die geringste Schuld, wenn eine Mindereinnahme erfolgt.

Bei Einnahmeposition 7c „Gew. Markt, Lager, Wag- und Eichenanstalten“ möchte

Stv. Bögl bitten, von der Wiedererrichtung des Fisch- und Fischmarktes abzusehen. Der Fischmarkt habe Fische gemacht. Das sei eine erfreuliche Erscheinung, weil der private Händler imstande sei, den Bedarf an Fischen zu decken und den Preis so zu gestalten, daß die Stadt nicht in der Lage sei, billiger zu verkaufen, trotzdem sie noch 400 M. drauflege. So leicht ist es doch nicht, dem Handel am Plage Konkurrenz zu machen. Hierzu gehören Hochkenntnisse und jahrelange Erfahrung und eine entsprechende Behandlung der Fische. Er glaube auch, daß wenn ein Privatmann auf so primitive Art und Weise seine Fische verkaufen würde, das Bezirksamt sich die Sache etwas näher ansehen würde. Der Stadtrat habe sehr große Mühe gehabt, seine Fische an den Mann zu bringen. Es war manchmal sehr minderwertige Ware. Die Zeitungen haben sogar einmal — unmissverständlich — die Wahrheit gesagt, indem sie die Ware als prima Münster Schellfische bezeichneten. Isländer Schellfisch sei keine Primaware. Man sollte unangenehme dem Geschäftsmann keine Konkurrenz machen. Man darf ja vorher bei der Hypothekbankdiskussion darauf abgesehen. Diese Lokalität sollte man auch bei den Fischhändlern wahren lassen.

Stv. Schröder schweigt sich darüber, daß in Heidenheim die Koralle und Baden in den neuen Schulhof bei der Fischweil gestellt werden.

Oberbürgermeister Martin: In dieser Angelegenheit liegt bereits ein Abänderungsprojekt vor. Die Anregung des Stv. Bögl wird in Erwägung gezogen werden.

Stv. Trautwein wünscht dem Stv. Bögl insofern bei, als die Organisation des Fischmarktes keine richtige war. Der Fischmarkt sei notwendig gewesen wegen der lauren Fischpreise. Die Fischpreise flühen von einer ganzen Reihe von Umständen ab. Im allgemeinen sei die Ware gut gewesen. Ich möchte bringen bitten, an den Fischmarkt zu gelegener Zeit zurückzukommen. Vielleicht kann man eine bessere Organisation schaffen. Im Interesse der Mindereinnahmen liegt der Fischmarkt ganz entschieden.

Bei Hof. 7f „Von Wogen, Kanälen, Wasserleitungen, Bodenanstalten u. dergl.“ führt

Stv. H. H. H.: In Heidenheim besteht eine gewisse Unruhe wegen des Schiffschiff des Wasserwerks in Heidenheim. Die Heidenheimer sind mit der Klaffung des Werkes nicht einverstanden. Das Heidenheimer Wasser wird besagt, der Qualität noch liber als fertiger Wasser gestellt. Auch ist konn und meinem schwachen Untertanenverstand nicht einsehen, warum das Heidenheimer Wasserwerk eingehen soll. Die Unterhaltung kann doch nicht so viel betragen. Der Vertrag mit Wasserwerk muß doch weiterlaufen. Im Interesse der Heidenheimer bitte ich um Aufklärung über das Schicksal des Wasserwerks.

Oberbürgermeister Martin bringt die in der Debatte vorliegenden zwei Resolutionen zur Kenntnis.

Stv. K. K. K. wünscht, daß entweder nach halbjährigem oder ganzjährigem Verbrauch des Wasserwerks berechnet wird.

Sta. Kromer erlucht um eine bessere Wasserversorgung des Friedhofs. Für Trinkwasser sei gar keine Gelegenheit vorhanden. Auch sonst seien die Wasserhältnisse auf dem Friedhof nicht die besten.

Sta. Krieger schließt sich dem Vorratgeber an. Bürgermeister Ritter: Ich weiß nicht, warum in Heidenheim eine gewisse Erregung herrscht. Das Wasser aus dem Käferthaler Wald ist genau so gut wie aus dem Heidenheimer Wasserwerk. Es kann den Heidenheimern eigentlich gleichgültig sein, wo die Maschine steht, die das Wasser pumpt. Es ist richtig, daß die Anregung kam, das Heidenheimer Wasserwerk still zu legen und zwar aus wirtschaftlichen Gründen. Das Heidenheimer Werk soll als Reserve benutzt und nur dann in Betrieb gesetzt werden, wenn an besonders heißen Tagen das Käferthaler Werk in eine gewisse Notlage käme. Für den Fall, daß dies geschehen würde, so wäre der Wasserturn auch eine gewisse Reserve für unser Wasserwerk. Die Stadt hat zu der Stilllegung des Heidenheimer Wasserwerks noch keine Stellung genommen, weil die Berechnungen der Direktion nur auf Nutzwagen stützen. Wir haben gesagt, es soll einmal abgewartet werden. Zunächst soll einmal das Heidenheimer Werk 1 Jahr lang in Betrieb gesetzt werden und wenn das Ergebnis vorliegt, wird der Stadtrat darüber Beschluß fassen. Eine Stellungnahme des Stadtrats in dieser Angelegenheit ist noch nicht erfolgt. Was die Resolution anbetrifft, so legt die Direktion des Gas- und Wasserwerks den größten Wert darauf, daß quartalsweise Berechnungen erfolgen. Es ist das natürliche Bestreben, solange wie möglich den Wasserverbrauch niedrig zu halten. Was die Leitung nach dem Friedhof anbelangt, so muß zuerst geprüft werden, ob es möglich ist, diese Leitung ohne alle große Aufwendungen zu machen.

Sta. Dr. J. F. F. begründet die Resolution der fortschrittlichen Volkspartei. Erspornisse und Mehrverbrauch müßten in Anrechnung gebracht werden und ein Ausgleich geschaffen werden.

Überbürgermeister Martin gibt zu, daß diese Feststellung schließlich dem Mieter ebenso wichtig sind, wie der Direktion. Wenn die Wasser nicht da wären, wären die Mieter niemals in der Lage, die Sache zu prüfen, daß ein gewisser Unterschied besteht.

Die Abstimmung über die Resolution der fortschrittlichen Volkspartei ergab, daß die erste Resolution angenommen wurde. Sta. Levi hält die Abstimmung über die Resolution nicht für richtig.

Überbürgermeister Martin stimmt dem Vorratgeber bei. Der Stadtrat werde aber doch die Sache erörtern. Die Abstimmung über die nächste Resolution der fortschrittlichen Volkspartei ergab die Ablehnung der Resolution.

Bei Hof. 6. „Ablieferung der Gaswerkstoffe“ begründet Sta. Levi die sozialdemokratische Resolution: „Wir beantragen die Erhebung des Gaspreises von 14 auf 13 Pf.“ Redner bemerkt dazu, daß man im Interesse der Steuerzahler erwarten dürfe, daß der Stadtrat den Wünschen seiner Fraktion nachkomme.

Bürgermeister Ritter: Es ist außerordentlich schwer, den Beweis zu führen, daß eine Herabsetzung des Gaspreises eine Steigerung des Verbrauchs im Gefolge hat. Im letzten Jahre wurden fast in jeder Sitzung des Bürgerausschusses größere Vorlagen gemacht betreffs Erweiterung des Gaswerkes. Nun ist darin ein Betrag von nahezu 2 Millionen investiert. Bis jetzt erscheint diese Summe nicht im Budget, aber schon im nächsten Budget wird der Betrag erscheinen. Ich möchte das Kollegium bitten, daß diese Resolution nicht angenommen wird.

Sta. Levi: Ich möchte Herrn Bürgermeister Ritter fragen, ob es ihm nicht bekannt ist, daß das neue Geschäftsjahr sehr günstige Ergebnisse bisher geliefert hat. Es seien ganz bedeutende Mehreinnahmen bisher erzielt worden.

Bürgermeister Ritter: Es ist mir wohl bekannt, daß die Ergebnisse der ersten Monate sehr günstig waren. Im übrigen ist der Mehrverbrauch auf die große Zunahme von Gasautomaten zurückzuführen. Diese Einrichtung hat sich außerordentlich verbreitet und erfreut sich großer Beliebtheit. Dem Bürgerausschuß wird in seiner nächsten Sitzung eine neue Vorlage betreffs weiterer Einführung von Automaten unterbreitet werden. Aber den Beweis zu führen, daß der gesteigerte Konsum mit der Preisfestsetzung zusammenhängt, das ist sehr schwer und das muß ich Herrn Levi überlassen.

Sta. Levi: Die Mehrerträge stehen auch im Budget verzeichnet. Der Herr Bürgermeister befindet sich im Irrtum. Oberbürgermeister Martin: Das kann sich nicht auf die Monate Januar und Februar des J. beziehen.

Sta. Levi: Wenn der Herr Bürgermeister Zahlen angeben will, so muß er sagen, daß die Steigerung des Konsums nicht durch die Automaten erfolgt ist.

Bürgermeister Ritter: Ich möchte betonen, daß die Zunahme der Automaten eine viel größere geworden ist. Durch eine bessere Ausbreitung der Automaten kann der Konsum erweitert werden. Man kann eine ganz gewaltige Steigerung des Konsums durch Einführung der Gasautomaten erzielen. Aber das hat mit der Preisfestsetzung zusammenhängt, das ist schwer zu sagen und nicht zu beweisen, weil der Konsum schwankt.

Oberbürgermeister Martin: Jede Preisreduktion ist ein Risiko. Man kann nicht voraussagen, ob der Konsum zunimmt. Man muß mit der Preisreduktion immer vorsichtig sein und sie erst dann vornehmen, wenn man ein Risiko übernehmen kann. Ob der Preis für eine weitere Herabsetzung gekommen ist, ist sehr fraglich. Wenn die Resolution angenommen wird, so wird sich der Stadtrat mit der Sache befassen. Man kann ja schließlich eine Herabsetzung vornehmen. Die Abstimmung über die Resolution der sozialdemokratischen Fraktion ergab unentschieden.

Bei Hof. 7. „Ablieferung der Elektrizitätswerkstoffe“, bringt Sta. Levi verschiedene Wünsche vor. Der Redner ist jedoch unentschieden.

Sta. Spielmeier: Ein Teil der Industriellen beklagt sich darüber, daß jetzt der § 6 der Bestimmungen des Elektrizitätswerks durchgeführt werden sollte, der aber bisher nicht durchgeführt wurde. Die Industriellen sagen, sie haben früher nicht darauf gerechnet, daß dieser Paragraph durchgeführt wird. In diesem Paragraph steht, daß 50 Pfennig für die Kilowattstunde bezahlt werden solle. Ferner kommt noch hinzu, daß ein Teil der Industriellen ein Reders unterschrieben hat, mit dem sie sich auf fünf Jahre mit einer bestimmten Summe oder Stromabnahme verpflichteten. Die Industriellen beklagen sich nun hierüber und fragen, warum sollen wir noch einmal unsere Reserven bezahlen. Ich gebe zu, daß die 50 Pf. nur für die Sperrzeit bezahlt werden sollen, also zu der Zeit, wo die Stadt den meisten Strom liefern muß. Die Stadt hat ja ein Interesse daran, daß nicht zu viel Strom entnommen wird. Aber die Industriellen sagen sich, der Unterschied ist doch ein zu großer. Ich möchte diesen Wunsch der Industriellen noch möglicher Berücksichtigung hier aufsprechen und den Stadtrat bitten, ob nicht eine Ermäßigung des Preises stattdessen könne.

Sta. Ritter: Ich möchte dem Stadtrat die Frage zur wohlwollenden Prüfung andringen, ob nicht eine Revision der Gebührenordnung für den Bezug der elektrischen Kraft zweckmäßig erscheint.

und zwar nach der Richtung hin, daß eine Entlastung der Kleinrenten und mittleren Gehaltskategorie stattfinden kann. Was jetzt die Spannung des Gebührentarifs eine zu weitgehende. Der Höchstbetrag beläuft sich auf 30 Pf. pro Kilowattstunde. Der kleine Gehaltsmann und Handwerker wird dadurch benachteiligt. Ich spreche nicht von einer Erhöhung des Tarifs zu Gunsten der Großrentner, sondern zu einer Herabsetzung des Tarifs für die kleineren und mittleren Rentner. Ich weise darauf hin, daß die Regierung den Handwerkern die Einführung von Maschinen empfohlen hat und außerdem vorging, aber die großen Kosten für die elektrische Kraft sind nicht geeignet, dieses Bestreben zu unterstützen.

Der kleine Mann wird auch durch diesen Tarif benachteiligt bei der Kalkulation. Es ist ja klar, daß für den kleinen Mann 3 bis 500 Pf. eine größere Rolle spielen als 2-3000 Pf. bei der Großindustrie. Ich glaube nicht, daß der Stadtrat durch eine Herabsetzung der Strompreise eine Einbuße erleidet; vielmehr dürfte durch die Ermäßigung der Gebühren eine viel größere Inanspruchnahme von Strom und eine härtere Ausnutzung von elektrischen Motoren stattfinden. Ich wäre sehr erfreut, wenn der Stadtrat diese Frage prüfen und durch die Herabsetzung sein Wohlwollen gegenüber den mittleren und kleineren Handwerkern bekunden würde.

Von Tag zu Tag.

Die Annierniepen. Berlin, 20. März. In einer Annierniepe schoß gestern ein Arbeiter auf eine Kellnerin und die Wirtin. Diese liefen davon um einen Schutzmännchen zu holen. Als sie zurückkamen, fanden sie den Anniertäter verumwundet vor dem Schanktisch liegen. Er hatte sich eine Kugel in den Kopf gejagt und ließ nur noch schwache Lebenszeichen erkennen, während die Kellnerin unversehrt blieb, kamte die Wirtin, die verwundet worden war, die ihr beigebrachten Verletzungen zu Hause ärztlich behandeln lassen.

Ein Wüßling. Fürstentum 20. März. In einem Weinberge wurde eine junge Frau von einem Fremden überfallen und mit einem Faustschlag zu Boden gestreckt. Dann versuchte der Wüßling die Frau zu vergewaltigen. In diesem Augenblick kam ein Gutsbesitzer hinzu, er riß den Unhold von seinem Opfer und während er sich um sein Opfer bemühte, ergriff der Täter die Flucht.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Das Ehepaar Gath-Tuchlow Meist. Wie und werden mitgeteilt wird, ist es der Intendanz gelungen, Herrn Kapellmeister Gath und seine Gattin, Frau Elie Tuchlow, zu bewegen, hier in Wannheim zu bleiben. Die neuen Verträge sind unterzeichnet worden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Heidelberg, 20. März. Der ehemalige Assistent im hies. Mineralogischen Institut Boder hat einen Ruf als Professor der Mineralogie an der kaiserl. chinesischen Universität in Peking angenommen.

m. Köln, Nachdem der große Ueberlandflug vorläufig jurüdgestellt ist, planen mehrere große rheinische Städte einer Anregung von Köln aus folgendermaßen einen rheinischen Ueberlandflug zu organisieren, der im Anschluß an das Ausschreibungsfliegen für das Gordon-Benett-Fliegen stattfinden soll. Der Flug wird von Köln aus über Aachen gehen, wobei Arefeld und Düsseldorf Stationen erhalten und in Essen der Flug beendet wird. Man rechnet mit einer Teilnahme von 12 Fliegern.

Berlin, 20. März. Heute früh entbeften Reinemacherfrauen in den Kontorräumen des Spezialgeschäftes Jakob und Valentin, daß das Geldschloß angebrochen war. Die Geldschrank-Inhaber erbeuteten 15 000 M. haren Geldes.

Berlin, 20. März. Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte heute mit großer Mehrheit ein Darlehen an die ostafrikanische Eisenbahngesellschaft zur Fortführung der Eisenbahn von Es Salam Moropore bis Tabora sowie eine vierte Rate zu Vorarbeiten für die Fortführung der Bahn bis zum Tanganikasee in Höhe von 14 Millionen.

Die Wingerbewegung in der Pfalz.

Neustadt a. S., 20. März. Wie die Blätter aus Edenkoben melden, wurden hier und in der Umgebung eine große Anzahl von Weinbergbesitzern, die erklärt hatten, daß sie ihre Winger nicht abtreiben lassen, mit Protokollen in der Höhe von 15 M. bestraft. Die Erregung nimmt deshalb auch hier und in den Nachbarorten St. Moritz wieder zu. Große Erbitterung herrscht über die in Mailkammer gefasste Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wurde, selbst unter Anwendung von Waffengewalt die oberpolizeilichen Vorschriften in den Gemeinden Edenkoben und St. Moritz durchzuführen zu lassen.

Neustadt a. S., 20. März. Der Minister des Innern von Preußen ist heute morgen hier eingetroffen und hat sich in den Bezirk begeben, wo die Weinbauern der Gemeinden Mailkammer, St. Martin und Edenkoben liegen.

Ernung eines alten Vetersans.

Wiesbaden, 20. März. Generalmajor z. D. Otto v. Sperling, der schon 1849 an dem Feldzug in Baden teilgenommen und zuletzt die 27. Brigade führte, feiert heute seinen 90. Geburtstag. Aus diesem Anlaß ging dem Offizier, der Ritter des Eisernen Kreuzes ist, folgendes Telegramm des Kaisers zu: Zum heutigen Tag, an dem Sie durch Gottes Gnade Ihr 90. Lebensjahr vollenden, spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche aus. In den langen Jahren Ihrer Zugehörigkeit zur Armee haben Sie Ihren Königin und Ihrem Vaterlande insonderheit in 4 Feldzügen die besten Dienste geleistet und Sie können heute mit Stolz und Befriedigung auf diese Zeit zurückblicken, ausgezeichnet mit so schönen Kriegsdeltationen. Um Ihnen aber an diesem seltenen Tage noch ein erneutes Zeichen dankender Erinnerung Ihrer Verdienste zu geben, verleihe ich Ihnen hiermit den Charakter als Generalleutnant.

Berlin, 20. März. Wilhelm R.

Abstimmigkeiten im französischen Kabinett.

w. Paris, 20. März. Der „Figaro“ will wissen, daß zwischen dem Ministerpräsidenten Monis und dem Finanzminister Caillaux anlässlich der Befragung des Generalgouverneurpostens von Algerien ein ernster Zwist ausgebrochen sei. Monis habe für diesen Posten den Größten Erlauf in Aussicht genommen, während Caillaux mit großer Entschiedenheit die Kandidatur des Generaldirektors des Zollwesens Delannoy befürwortete, und für diesen auch mehrere andere Minister gewonnen habe. Der Minister hat insofern bisher zu seinem Entschluß kommen können. Nunmehr soll der Präsident dem Zwist durch Ernennung einer parlamentarischen Persönlichkeit ein Ende machen.

Berliner Prachtbericht.

Das ehrengerichtliche Verfahren gegen Dr. Liebknecht. Berlin, 20. März. Die Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses beriet in ihrer heutigen Sitzung den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens vor der Kammer in Berlin gegen den Abg. Dr. Liebknecht wegen seiner Zaren-Resolution auf dem Magdeburger Parteitag. Nach langer und lebhafter Debatte lehnte die Kommission mit großer Mehrheit die Einstellung des Verfahrens ab. Es bleibt also vorläufig bei dem ehrengerichtlichen Schritt gegen Dr. Liebknecht.

Ein Ballonunglück.

Berlin, 20. März. Aus Arefeld wird gemeldet: Der gestern in Arefeld aufgestiegene Ballon „Düsseldorf 4“ wurde in den Jüdischer getrieben. Der Ballonführer Paul Kayser der Niederrheinischen Vereinsluftschiffahrt wurde bis heute nicht aufgefunden, man nimmt an, daß er den Tod in den Wellen gefunden hat. Der Mitfahrer Otto Schröder wurde ebenfalls aufgefunden. Paul Kayser ist der Sohn des bekannten Metallwarenfabrikanten, die das Kayserinn in den Handel gebracht hat. Die Kunde von dem Unglück wurde hier durch ein Telegramm an Frau Kayser bekannt. Der Sohn Kayser ist sofort nach dem Jüdischer abgereist. Der Ballonführer Schröder ist Kaufmann und 30 Jahre alt. Schröder ist ein bekannter Führer des Niederrheinischen Flug-Vereins und hat schon 62 Fahrten mitgemacht, ein Ballon ist auf seinen Namen getauft worden. Paul Kayser hat gleichfalls schon eine Reihe von Fahrten mitgemacht, bis zum 1. Oktober 1910 siebenzehn, davon 10 als verantwortlicher Führer.

Eine Spionageaffäre.

Berlin, 20. März. Aus Bremen wird gemeldet: Zur Hamburger Spionage-Affäre wird gemeldet: An Bremen amtlichen Stellen ist eine Mitteilung über die Spionage auf den Kriegsschiffen nicht zu erlangen, da die Untersuchung durch den Reichsanwalt unter Unterhütung der Hamburger Staatsanwaltschaft streng geheim geführt. Auch auf der Ritter-Gesellschaft Wefer, die für den Bau von Kriegsschiffen in Betracht kommt, war über die Affäre nichts bekannt. An amtlicher Marinestelle in Berlin sind über die Hamburger Spionage-Affäre noch keine näheren Einzelheiten eingetroffen, doch ist soviel bekannt, daß es sich doch um eine ernsthafte Angelegenheit handelt, da die Hofpolizei und die Hamburger Staatsanwaltschaft die Sache durchaus rigoros verfolgt. Aus dem in der Öffentlichkeit bereits bekannten Flottenprogramm des Deutschen Reiches geht hervor, daß die Schiffsbaupläne in Hamburg und Bremen entworfen worden sein sollten; in Hamburg handelt es sich um den Panzerkreuzer „Moltke“, der auf der Werft von Blohm u. Voß gebaut wird, in Bremen um das Linienschiff „Thüringen“, das auf der Werft gebaut wird.

Aus Hamburg wird zu der Angelegenheit noch gemeldet: Es beschäftigt sich, daß ein Engländer und 4 Hamburger Werftangeestellte unter dem dringenden Verdacht der Spionage verhaftet worden sind. Der Engländer hat tatsächlich versucht, durch Befragung von Werftangeestellten die genauen Angaben und Zusammenstellungen über die Beschaffenheit und Größenverhältnisse der Kriegsschiffneubauten der deutschen Marine zu erfahren und nach England mitzutellen. Bremen kommt dabei weniger in Frage. Sonst auf der Vulkanwerft in Hamburg als auf der Werft von Blohm u. Voß sind seit einiger Zeit deutsche Kriegsschiffe in Bau. Auf Erkundigungen bei der Vulkanwerft teilte die Direktion mit, daß sie die Angelegenheit erst aus den Zeitungen erfahren habe. Die Direktion der Blohm u. Voßschen Schiffswerft teilt ebenfalls mit, ihnen sei von der Spionage-Affäre nichts bekannt. Trotz dieser Ablehnung handelt es sich aber um eine regelrechte Spionage. Die Hamburger Polizeibehörde hat die Verhaftung bereits vor 8 Tagen vorgenommen. Sie hatte schon längst Kunde von dem verdächtigen Treiben des Spions und seiner Komplizen, aber sie wartete mit der Verhaftung, bis das Material so beläufig war, daß die Verdächtigen überführt werden konnten und sie nahm dann einen Coup vor, indem sie gleichzeitig den Engländer und drei Helfershelfer verhaftete. Am Tage darauf wurden noch 4 Komplizen festgenommen. Die Behörden hatten die Affäre geheim gehalten, damit anderen Personen, die ebenfalls verdächtig sind, nicht gewarnt werden konnten und ferner um etwaige Auftragegeber und Hintermänner zu ermitteln. Über die Person des Engländer kann noch nichts mitgeteilt werden, auch die Namen der anderen Verhafteten sind noch nicht bekannt. Demnach, wenn die Angelegenheit eingehender untersucht ist, sollen der Presse nähere Angaben gemacht werden und zwar wird dies voraussichtlich von der militärischen Seite aus, vom Reichsmarineamt geschehen. Der Fall wurde sofort dem Reichsgericht in Leipzig gemeldet. Ein Untersuchungsrichter ist noch nicht ernannt.

Londoner Drahtnachrichten.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Die Revolution in Paraguay niedergeboren.

London, 20. März. Ein Telegramm der „Times“ aus Buenos Aires meldet, daß die Revolution in Paraguay nach einem heftigen Kampfe bei Villa Rosario niedergeboren wurde. Der Diktator Jara, der die Truppen selbst kommandierte, errang einen entscheidenden Sieg. Die Rebellen wurden vollständig auseinander getrieben, ihr Führer Dr. Rubolfo Riquelme starb den Tod auf dem Schlachtfeld. Die meisten Rebellenführer fielen in die Hände der Sieger und ihre Scharen wurden zerstreut. Der Diktator gibt zu, daß 4 seiner besten Offiziere und gegen 100 Mann seiner Truppen getötet wurden. Ueber die Verluste der Rebellen fehlen noch nähere Mitteilungen, es sind aber zweifellos viele Aufrechter gefallen.

Rußland und China.

London, 20. März. Der Vertreter der „Times“ in Peking teilt, daß die am Samstag abend überreichte Antwortnote Chinas auf die letzte russische Note in einem freundlichen und entgegenkommenden Tone gehalten sei. Darin werde Rußland das Recht zugesprochen, einen Konsul in Koido zu ernennen. Weiter gibt die Note den russischen Kaufleuten das Recht des Freihandels in der Mongolei sowie innerhalb der großen Mauer nördlich und südlich des Panzhanggebietes. Der Korrespondent sagt, die Chinesen seien davon überzeugt, daß diese Antwort Rußland genügen werde.

Table with columns for 'Staatspapier, A. Deutsche', '18. 20.', and '18. 20.' containing various financial data and bond prices.

Table titled 'Kleinen industrieller Unternehmungen' listing various industrial companies and their financial details.

Table titled 'Bergwerkaktien' listing various mining companies and their stock prices.

Table titled 'Kleinen deutscher und ausländischer Transportaktien' listing various transport companies and their stock prices.

Table titled 'Bank- und Versicherungs-Aktien' listing various banks and insurance companies and their stock prices.

Table titled 'Pariser Börse' listing various Paris market data and exchange rates.

Table titled 'Berliner Effektenbörse' listing various Berlin market data, including bond prices and exchange rates.

Table titled 'Londoner Effektenbörse' listing various London market data and exchange rates.

Table titled 'Wiener Börse' listing various Vienna market data and exchange rates.

Table titled 'Säufahrts-Nachrichten im Mannheimer Hafenverkehr' listing shipping news and arrivals.

Table titled 'Überseische Schiffsahrts-Telegramme' listing international shipping telegrams.

Telegraphische Schiffsahrts-Nachrichten des Norddeutschen Lloyd in Bremen. Includes news about ship arrivals and departures.

Stettener, Wittener, abgefahren Stettener, abgefahren Remarck. Mitgeteilt vom Generaldirektor Hermann Kellen...

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Table listing various goods and services offered by Marx & Goldschmidt, Mannheim, including prices and terms.

Responsible: Dr. Fritz Goldschmidt. For Mannheim and Heidelberg: Fritz Goldschmidt.

Advertisement for 'Mondamin' milk powder, featuring a logo and text describing its benefits for children and the elderly.

Advertisement for 'Gleich- und Drehstrom-Elektromotoren' by Stotz & Cie., featuring a logo and technical details.

Stenographischer Reichstagsbericht

Wannheimer Generalanzeigers

mb. Deutscher Reichstag.

161. Sitzung, Sonnabend, den 18. März.
Am Ufse des Bundesrats: Dr. Delbrück, Richter,
Caspar, Dr. v. Gonquierez.
Vz. Graf Schwerin-Schwyz eröffnet die Sitzung um
11 Uhr 20 Min.

Der Etat des Reichsamts des Innern.

Siebenter Tag.

Zum Kapitel „Kaiserliches Gesundheitsamt“ be-
trägt die Budgetkommission eine Resolution, die den
Reichsanwalt ersucht, die Bekämpfung der Maul- und
Klauenseuche, bezw. die Erforschung ihrer Ursache von
Reich wegen zu fördern und hierfür im Bedarfsfall Mittel anzu-
fordern. Eine Zentrumresolution verlangt eine Ver-
änderung des Schlachtvieh- und Viehhaltungsgesetzes auf Gebüh-
renfreiheit und Uebernahme der amtlichen Unter-
suchungskosten auf die Bundesstaaten. Eine weitere
Resolution des Zentrums ersucht um eine Viehseuchen-
novelle, durch die die Entschädigungspflicht des Staates aus-
gedehnt wird auf Viehverluste, welche durch Maul- und
Klauenseuche und deren Folgen herbeigeführt werden.

Abg. Kanner (Zentr.)

Begründet diese letzte Resolution aus dem Interesse der bayerischen
Viehbesitzer und der Volksernährung.

Abg. Graf Kanitz (Konsl.)

Spricht gleichfalls für diese Resolution. Die ostdeutsche Landwirtschaft
wird durch die Einschleppung der Seuche aus Ostpreußen und
Rußland schwer geschädigt. Der indirekte Schaden ist dreimal
so groß als der, der den Viehbesitzer direkt trifft. Das preussische
Viehwirtschaftsamt hat eine Resolution beschlossen, wonach die Ent-
schädigung aus Provinzialfonds erfolgen soll. Diese reichen aber
nicht aus; die Resolution des Abgeordnetenvereins genügt und
auch deshalb nicht, weil sie die Unterstützung nur geben will,
wenn die Existenz des Viehbesizers in Frage steht. Natürlich darf
der Schaden nicht voll ersetzt werden, weil der Viehbesitzer dann
in seiner Sorgfalt nachlässig würde. Aber wenn keine Entschädigung
erfolgt, ist die Gefahr der Verheimlichung der Seuche groß.

Abg. Bietzsch (Soz.)

Spricht über die Tuberkulose. Die Angaben über die Zahl
der jährlichen Erkrankungen schwanken zwischen 800 000 und
1 800 000. Aber zur Bekämpfung der (schweren) aller Seuchen
findet sich in dem Haushaltsetat des Reiches nur ein Fonds
in einem Ziel verzeichnet, ein Fonds von 100 000 M. Davon
werden 80 000 M. an die Zentralstelle für die Bekämpfung der
Tuberkulose gegeben und im übrigen beschränkt sich die Tätigkeit
des Reichsgesundheitsamtes auf die Herausgabe eines Merkblattes.
Die Maßnahmen der Verwaltungsbehörden, Gemeindegrenzen,
privaten Gesellschaften um Verhütung der Seuche, die Folgen der
Krankheit, aber vor allem kommt es auf die Propaganda
an und das ist Sache des Reiches. Dringend nötig ist eine Kontrolle
der Arbeitsräume, denn die Tuberkulose ist zu einem großen Teil
eine Gewerbe- und Berufskrankheit. Der Arbeiter
erkrankt u. a. besonders die Verhältnisse in den oberirdischen
Glasfabriken und nimmt Bezug auf die Unter-
suchungen des Prof. Sommerfeld. Den Gewerbeinspektoren ist
ein Brief vom Reichsamt des Innern gegeben; Stadt und Kreis
nicht in Dinge, die auch nicht angehen, damit ihr nicht den
Behauptungen über die unzulässigen Wohnungsverhältnisse
verhältnisse recht geben müßte. Man darf heutzutage nicht mehr
sagen, wie es brauchen dürfte, hat dessen Komplex. Wes-
senbergs schmalen Recht es in den Porzellanfabriken; die
Unternehmer trauen sich gegen die numerischen sanitären Maß-
nahmen. Man hat wohl auch durch den Einfluß des Unternehmers
die Gewerkschaften verbunden, sich an der Hygieneausstellung
in Dresden durch positive Arbeit zu beteiligen. Man wolle
nur die Lichtseiten der Heimarbeit darstellen lassen. Es ist aber
solche Lichtseiten gar nicht gibt, konnte die Arbeiterschaft nicht
in der Ausstellung mitarbeiten.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Hygieneausstellung in Dresden ist ohne jede Mitwirkung
des Reiches veranstaltet worden. Ich bin also nicht in der
Lage, zu den Vorwürfen des Vorredners Stellung zu nehmen.
An die Gewerbeaufsichtsbeamten ist eine Anordnung, wie sie der
Vorredner erwähnt hat, weder im Reich noch in Preußen er-
gangen. Wir sind dabei, Vorkehrungen zur Bekämpfung der
Tuberkulose und der Viehkrankheiten auszuwerfen. Die Stati-
stik hat übrigens ergeben, daß die Zahl der Tuberkulose-
erkrankungen nicht so groß ist, als man bisher annahm. An sich
ist die Seuchendämpfung Sache der Einzelstaaten. Das Reich
hat eigentlich nur die wissenschaftliche Prüfung dieser Fragen zu
fördern; die Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen muß den
Einzelstaaten überlassen bleiben. Wir sind jedoch, daß wir die
Ursache der Krankheit kennen, und über die Mittel, mit denen
man ihr entgegenzutreten kann, vollständig im Klaren sind. Die
Vertreter des Reichsgesundheitsamtes arbeiten dauernd mit dem
Zentralkomitee für die Bekämpfung der Tuberkulose und die
spezielle Aufgabe dieses Komitees ist es, an einzelnen Fällen
die Methode der Tuberkulosebekämpfung zu erproben und durch-
zuführen. Die Zeit reicht heute nicht, ich könnte sonst aus der
ganzen Fülle von Fällen, die wir aus der letzten Zeit bekannt
sind, berichten, daß wir gerade dieser Frage unangenehme Auf-
merksamkeit schenken und wenn in irgend einem Lande die
Tuberkulosebekämpfung erfolgreich gewesen ist, so ist es bei uns
gewesen. Der Staatssekretär macht zahlenmäßige Angaben,
wonach im Jahr 1903-1907 die Zahl der Todesfälle an
Tuberkulose im Durchschnitt des Deutschen Reiches von 214
auf je 100 000 Einwohner auf 184 konstant zurückge-
gangen ist. Diese Tendenz ist auch seither dieselbe geblieben
und ich erinnere mich, Statistiken in der Hand gehabt zu haben,
aus denen sich ergibt, daß namentlich in einzelnen Orten und
Bezirken die früher schwer beimgesucht wurden, dank der von
uns angewandten und empfohlenen Bekämpfungsmethode die
Erkrankungs- und Sterbesfälle in noch viel größerem Umfang
zurückgegangen sind, als sich aus den obigen Ziffern für den
Durchschnitt des ganzen Deutschen Reiches ergibt. Wenn wir
auf irgend einem Gebiete mit Beschränkung auf das
zurückblicken können, was wir hygienisch in den letzten
zwei Jahrzehnten geleistet haben, so ist es zweifellos das Gebiet
der Tuberkulose. (Beifall.)

Abg. Kanner (Konsl.):

Der Abg. Bietzsch hat wohl ein wenig übertrieben, aber auch
wir sind der Meinung, daß alles zum Schutze der Gesundheit der
Arbeiter in gefährlichen Betrieben geschehen muß. Der Redner

fragt sodann nach dem Stande der reichsgesetzlichen
Regelung des Apothekenwesens und wendet sich
gegen die von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachte
Resolution, die einen gesetzlichen Schutz der
Wienersucht gegen Faulbrut wünscht; diese Resolution
gehe zu weit.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Ich will jetzt gleich eine Erklärung über das
Schicksal des Apothekengesetzes abgeben. Ich bin
zu der Ueberzeugung gekommen, daß es richtig ist, den verbündeten
Regierungen zu empfehlen, auf die Regelung der Apotheken-
verhältnisse im Wege der Reichsgesetzgebung zu verzichten.
(Zeit, fort!) Wenn seit dem Entwurf von 1907 eine lange Zeit
vergangen ist ohne daß eine positive Entscheidung fallen konnte,
so liegt das nicht in einem Mangel an Interesse, sondern an der
Sprengigkeit der Materie und der Verzögerungen, die beim Wechsel
in der Person des Ressortchefs eintreten. Ich habe die Materie
eingehend geprüft. Ich habe im Laufe des letzten Jahres eine
Reihe von Sachverständigen gehört und bin zu dem Ergebnis ge-
kommen, daß ich nicht in der Lage sein würde, Ihnen ein Gesetz
vorzulegen, für das ich persönlich die Verantwortung übernehmen
und andererseits die Annahme vom Reichstag erwarten könnte.
Es schmerzt mich sehr, wenn eine positive Leistung von mir ver-
langt wird, eine negative Erklärung abzugeben, so habe ich
doch geglaubt, der Sache einen Gefallen zu tun, wenn ich
der Unsicherheit ein Ende mache und nimmere
der Landesgesetzgebung die Möglichkeit gebe,
ihre bereits eingeleiteten. Ich habe schließlich auch
um so mehr geglaubt, diesen Weg beschreiten zu können, als
der Ihnen bekannte Gesetzentwurf im wesentlichen nur eine Zu-
stimmensfassung des in der Mehrheit der Bundesstaaten geltenden
Rechtes bieten sollte. Ich hoffe, daß nimmere die Landes-
regierungen in der Lage sein werden, den besonderen Verhältnissen
Rechnung zu tragen. Bei der Frage der Erlösung handelt
es sich zweifellos um Sachen, die das Reich zu übernehmen nicht
in der Lage ist. Ich sehe aus den Beispielen der Zustimmung, daß
Sie die Erlösung zu würdigen in der Lage sind.

Hinsichtlich der Maul- und Klauenseuche ist es Sache
des Reichsgesundheitsamtes, den Gang der Seuche zu erkennen, im
einzelnen oder liegt die Bekämpfung der Seuche in den Händen
der Bundesstaaten. Beim besten Willen bin ich nicht in der
Lage, zu der vorliegenden Resolution Stellung zu neh-
men. Sie entfernt sich weit von dem Grundgedanken, über den man
sich bei der Verabschiedung des Viehseuchengesetzes geeinigt hatte.
Ein Gesetzentwurf über die Faulbrut der
Wienersucht ausgearbeitet und unterliegt zurzeit der Ver-
handlung mit dem preussischen Ressort. Auch ich belege, daß die
Ausführungsbestimmungen des Viehseuchen-
gesetzes noch nicht erlassen worden und das Gesetz insofern
noch nicht in Kraft treten konnte. Das Reichsamt des Innern ist
noch nicht imstande, der Reichstag hat den Wunsch geäußert, daß vor
Erlaß der Ausführungsbestimmungen eine Reihe von Interessenten-
vertretern gehört werden sollen. Der Entwurf liegt zurzeit diesen
vor; ich hoffe, daß er in nicht allzulanger Zeit an den Bundesrat
wird gehen können.

Abg. Mugdan (Op.):

Mit großer Freude haben wir die Erklärung des Staats-
sekretärs, daß die verbündeten Regierungen von einem
Reichsapothekengesetz endgültig Abstand
genommen haben, gehört. Die Jahre sind nutzlos vergangen,
die Einzelstaaten haben überhaupt nichts getan, um die Materie
auch nur einigermaßen in Ordnung zu bringen. Die Verhält-
nisse der Apotheker sind unerträglich geblieben. Die Bekämpfung
ist um so bedauerlicher, weil ich nicht glaube, daß die Einzel-
staaten so rasch vorgehen werden. Der Zentrumresolu-
tion, die die ärztliche Anweisung der gewerbe-
lichen Viehkrankungen obligatorisch macht, können
wir uns viele Vorteile leisten, in welchem Umfang die
zur Verwendung kommt; z. B. bei der Fabrikation von Glas- und
Zolländerhüten und Spielwaren. Der Redner weist dann darauf
hin, daß eine große Missetat, wie sie noch nie da war, für die
nächsten Jahre in Aussicht steht. (Zeit, fort!) Die Regierung
soll bei Zeiten ihre Maßnahmen treffen!

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Herr Mugdan hat sich darüber beklagt, daß das Apothekengesetz
nicht kommt. Wir täten gut, zunächst das schreiende vorhandene
Material auszuwerten, hat nach neuen Vorlagen zu verlangen.
(Beifall.) In seiner Vernehmung will ich ihm mitteilen, daß, wenn
in meinem Amte Geschäftsverrichtungen eingetretet sind, mir
weitere Erhebungen beantragt werden. Es schweben darüber
Korrespondenzen mit den Bundesstaaten.

Abg. Gabel (Wirtsch. Bg.):

behandelt die Resolution seiner
Partei um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs zum Schutze
der Wienersucht gegen Faulbrut.

Abg. Dr. Koeslitz (Konsl.):

Schon im vorigen Jahre spielte man mit der Frage der
Erlösung, ohne sich über großen Nachdruck bemüht zu
sein. Einzelne Bundesstaaten haben sogar noch und liegen fran-
zösisches Vieh ins Land. Dabei kann man nicht sicher
sein, ob nicht im Ausland Maul- und Klauenseuche herrscht. Un-
geheuer soll Frankreich landfrei sein. Dabei merkt heute das
„Berliner Tageblatt“ aus Dresden, daß die Einfuhr französisches
Vieh verboten ist, weil dort die Maul- und Klauenseuche herrscht.
(Zeit, fort!) Jede Grenzschließung ist eine große Ge-
fahr! Auch die Einfuhr fremden Viehs sind die Vorteile
nicht gesunken. Das erkennen auch liberale Zeitungen an.
Wir fordern den Reichsanwalt dringend auf, die ganze Frage
sehr sorgfältig zu erwägen und sich nicht einfallen zu lassen, daß
die Gefahr der Seuche, auf die Resolutionen von Veramm-
lungen (Ost-Bund links) Man soll auf die Gefahr hinweisen,
die entsteht, wenn der Grenzschutz verringert wird, und man soll
auch überlegen, ob überhaupt ein Vorteil hinsichtlich der Preis-
haltung dadurch herbeigeführt wird. Alle unsere Behauptungen
haben sich bewahrheitet.

Leider tritt die Seuche wieder mit erschreckender Intensität
auf. Die Schäden sind ungeheuer, besonders für den kleinen Vieh-
stand. Es handelt sich hier um eine für die deutsche Landwirtschaft
höchst wichtige Frage, ja um eine Existenzfrage. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Delbrück:

Die Durchführung des Viehseuchengesetzes liegt in der Hand
der Landesregierungen. Der Reichsanwalt kann in der Ausübung
seines Aufsehens nur soweit gehen, als er Forschungen nur
mit einer veterinär-polizeilichen Begründung lassen kann. All-
gemeine Gesundheitszustände reichen nicht aus. Die Fälle, in
denen im vorigen Herbst von einzelnen Bundesstaaten die Ein-
führung von französischem Vieh unter sehr ungesunden
Vorbedingungen geschehen wurde, lagen so, daß nach dem
Urteil aller Sachverständigen veterinär-polizeiliche Bedenken

gegen die Einführung nicht geltend gemacht werden konnten. Es
wäre also sachlich nicht gerechtfertigt gewesen, wenn trotzdem der
Reichsanwalt von den Bundesregierungen gefordert hätte, daß
sie ihre Grenzen nach wie vor geschlossen zu halten hätten. Selbst-
verständlich wurde die Forderung gestellt, daß sofort die Grenzen
geschlossen werden müssen, sobald der Seuchenzustand in Frank-
reich zu irgendwelchen Bedenken Veranlassung geben sollte. Das
ist von den betreffenden Regierungen prompt geschehen, zum Teil
schon ehe sie meine Aufforderung überhaupt erreicht hatte. Man
hat der Abg. Dr. Koeslitz der Meinung Ausdruck gegeben, daß die
betreffenden Verfügungen der Bundesregierungen zu einer Zeit
ergangen seien, als Frankreich bereits wieder verheert sei. Er
hat daran erinnert, daß er schon bei den Verhandlungen hierüber
im November im Reichstag eine Depesche vorgelegt hat, nach der
in Frankreich die Maul- und Klauenseuche wieder aufgetreten
war. Demgegenüber muß ich feststellen, daß diese Depesche auf
einer unrichtigen Meldung beruhte und daß es sich damals nicht
um Maul- und Klauenseuche gehandelt hat. (Zeit, fort!) Das
Dr. Koeslitz hat weiter die Vermutung ausgesprochen, daß wir
uns bei den veterinär-polizeilichen Maßnahmen lediglich auf die
ziemlich spät eintreffenden amtlichen Mitteilungen des Aus-
landes stützen. Auch das trifft nicht zu. Unsere Konsuln im Aus-
lande sind angewiesen, jeden Fall des Auftretens einer Seuche
sofort telegraphisch zu melden. Das muß gesagt werden gegen-
über dem Vorwurf, der aus den Worten Dr. Koeslitz herauszu-
gehen mag, daß der Reichsanwalt und ich das Seuchengesetz hand-
haben. Ich stelle demgegenüber ausdrücklich fest, daß wir alles
getan haben, wozu wir verpflichtet waren. Was die gegen-
wärtige Seuche anlangt, so hat die eingehend geführte Unter-
suchung jeden Anhalt dafür vermieden, daß die Seuche aus
dem Auslande eingeschleppt sei. (Zeit, fort!) Das Gut-
achten der Sachverständigen geht dahin, daß diese Seuche ent-
standen ist durch Vagabunden, die die Tiere seit der letzten längst er-
folghen Seuche mit sich herumgetragen haben und die jetzt zum
Ausbruch gekommen sind. Diese letzte Seuche ist nach meinen
Informationen aus Rußland eingeschleppt worden, also
aus dem Lande, gegenüber dem die strengsten Sperremaßnahmen
bestehen, die mit aller Gründlichkeit gehandhabt werden. (Zeit,
fort!) Dr. Koeslitz hat darauf hingewiesen, zu welchen be-
denklichen Konsequenzen der Ausbruch einer solchen Seuche in
bezug auf unsere gesamte Landeskultur führen muß. Er hat an-
gezeigt, eine Konferenz nach dem Reichsamt des Innern ein-
zuberufen, die darüber beraten soll, welche Maßnahmen zu treffen
sind, um die schweren Hindernisse zu beseitigen, die sich aus einer
schweren Durchführung der Abwehrmaßnahmen ergeben. Ich bin
selbstverständlich bereit, eine solche Konferenz einzuberufen. Aber
ich weise darauf hin, daß Preußen und Anhalt bereits Anord-
nungen erlassen haben, die alles das bestimmen, was Dr.
Koeslitz will. Warum wir doch erst einmal ab, was hierbei
herauskommt. Vielleicht reicht das Vorgehen Preußens schon aus,
und wir brauchen das Reich nicht mehr in Bewegung zu setzen.
Selbstverständlich nehme ich mich der Sache an und werde das
Material der Bundesstaaten eingehend prüfen. Die Tötung ver-
seuchter Tiere und die Entschädigung der davon betroffenen Land-
wirte erfolgt schon heute. Sie sehen, daß die verbündeten Regie-
rungen alles tun, um der zweifellos bedrohlichen Lage, in die
unser Viehstand durch die Ausbreitung dieser Seuche geraten ist,
nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. (Beifall.)

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Nach der Argumentation des Staatssekretärs ist die Grenz-
sperrung überhaupt nicht gerechtfertigt. Er sagt ja selbst, daß aus
den betroffenen Gebieten Frankreichs kein Vieh nach Deutschland
gebracht wurde. Wenn wir uns in Süddeutschland befänden
müßten, so kann sich die Seuche nur gegen Norddeutschland
richten, weil nur von dort verseuchtes Vieh nach dem Süden ein-
geführt wurde. Ich bedaure es lebhaft, daß dem Apotheken-
gesetz nicht gekümmert werden soll. Den Viehkrankungen wird
man am besten durch Verhütung der Erkrankung zu Leibe gehen,
nicht aber dadurch, daß man erst die ausgebrochene Krankheit
zu heilen sucht.

Abg. Graf Döberdorff (Zentr.):

Die Erfahrungen der Schulärzte sollten gesammelt und
wissenschaftlich verwertet werden. Besonders die Frage der Unter-
ernährung sollte untersucht werden. Der Frage der Weidereg-
lungen müßte der Bundesrat seine ernste Aufmerksamkeit zu-
wenden. Einer strengen Grenzsperrung gegen Seucheneinschleppung
können wir nicht entbehren. Nur darf man in der rigorosität nicht
zu weit gehen. Sehr richtig wäre es, die Säugimpfung allgemein
durchzuführen, die sich zu bewähren scheint.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Fallbauer
erklärt gegenüber einer sozialdemokratischen Behauptung: Ich muß
mit aller Energie der Behauptung entgegenzutreten, als ob die säch-
sische Regierung die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Hy-
gienekontrolle in Dresden abgelehnt hat. Im Gegen-
teil, es hat eine objektive Heimarbeitserhebung gewonnen, bei
der allerdings auch die Lichtseiten hervortreten sollten.

Abg. Sommer (Op.)

Spricht gegen die strenge Handhabung der Vorschriften gegen die
Weideregungen. Damit gefährde man die Industrie. Davon
habe nur das Ausland Vorteil. Die Herstellung der Schornsteine
und Griffe an den Bierkrügen werde geradezu verhinert. Man
behauptet sogar, daß der Krummhals am Morgen nicht vom
Kloster, sondern vom Weigehalt der Bierdeckel herrühre.
(Beifall.)

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Vumm:

Das Reichsgesundheitsamt hat bisher auf Grund eingehender
Untersuchungen den Standpunkt vertreten, daß eine Weideregung,
die über 10 Prozent Blei enthält, die Gesundheit gefährdet. Ich
kann nur erklären, daß wir an diesem Standpunkt unbedingt fest-
halten. Die Wappengeschichte sollen nicht unter dieses Gesetz
fallen, sondern unter das Nahrungsmittelgesetz. Gerade zarte Kinder
sollte man möglichst schützen. (Beifall.) Gewiss, die Schulhygiene soll
möglichst verbessert werden. Eine Statistik wäre derkräft. Lassen
wir die Schulärzte erst eine Zeit lang arbeiten, dann können wir
immer noch eine Statistik bringen. Aber die Maul- und Klauense-
uche haben eingehende Forschungen hatgekommen. Drei Denk-
schriften waren das Resultat. Professor Köster hat übrigens keine
Studien an der Insel Riems bei Grimmen fort. Inzwischen ist
eine Resolution Graf Kanitz (Konsl.) eingegangen, die im
Sinne der Ausführungen des Dr. Koeslitz den Reichsanwalt er-
sucht, schleunigst eine Konferenz von Sachverständigen
einzuuberufen zur Beratung und Durchführung von Maß-
nahmen, welche die Sperrmaßnahmen zur Bekämpfung der
Maul- und Klauenseuche bei voller Wahrung der
Ziele des Seuchengesetzes so einrichten, daß unter allen Umständen
die große für die Landwirtschaft und die gesamte deutsche Volkswirtschaft

Wirtschaft betreffende Gefahr ausgeschlossen wird, die durch Ver-
hinderung rechtzeitiger Befüllung, der Benutzung der Weiden und
des Abfahrs von Raftweid.

Abg. Dr. Wankenhorn (Noll.)

Bespricht die Handhabung des Weingesezes. Die Beteiligten Kreise
sind jetzt in der Hauptsache zufrieden. Das Weingesez hat den
Ramenbüch für Kognak gebracht; wir wünschen auch einen Schutz
des Schwarzwälder Kirchwassers. Der Redner fragt nach dem
Nahrungsmittel-Kontrollgesez.

Scheimel Freiherr von Stein verweist auf die Schwierig-
keiten auf diesem Gebiete. Die Verhandlungen schweben schon
seit Jahren und es ist noch nicht abzusehen, wann der Gesetzent-
wurf fertiggestellt werden kann.

Abg. Vogt-Grailheim (Bischof, Vog.) spricht gegen die Ein-
fuhr französischen Viehs nach Württemberg. Ueberall, wo diese
Viere hingekommen, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Württembergischer Bundestagsbevollmächtigter Dr. v. Köhler;
Im Bundtag ist einstimmig anerkannt worden, daß von seiten der
württembergischen Regierung alles gethan ist, um einen Aus-
bruch der Maul- und Klauenseuche zu verhüten.

Ein Schlusstrag wird angenommen.

Abg. Dr. Köhler (Konf., persönlich) bewahrt sich gegen den
Societair, daß er den Staatssekretär mit einer Depesche inoffiziell
behe.

Abg. Hegler (Sp.): Wie hat der Schlusstrag die Möglich-
keit genommen, nachzuweisen, daß die Initiative zu Entschuldigungs-
maßnahmen für die Landwirte von uns ausgegangen ist. (Lachen
rechts.)

Abg. Bren (Soz.) droht, nach Annahme des Schlusstrages
über die gesetzlichen Vergütungen von ausschließlich in der
letzten Lesung zu sprechen.

Sämtliche Resolutionen werden angenommen.

Mit dem Kapitel „Valentini“ wird verbunden die erste
Lesung des Gesetzes über den Patentausführungszwang.

Abg. Dobe (Vp.):

Dem Besch. stimmen wir zu, bitten aber, die Vorlage noch in
einer Kommission zu prüfen. Diese Regelung war notwendig,
da die allgemeine Revision des Patentgesetzes noch nicht in die
Rege geleitet worden ist. Der Ausführungszwang soll nach dem
Entwurfs für die Regel durch den Zwangszwang ersetzt
werden.

Abg. Dr. Junz (Noll)

Das Befinderecht der Angestellten wird in der Wahlbewegung
vielleicht eine Rolle spielen. Die Frage sollte rasch gelöst werden.
Der Redner erörtert die Fragen des Patentausführungszwanges
und der Zwang, bleibt aber auf der Tribüne im einzelnen un-
verständlich, da er vom Ploze aus spricht und der Journalisten-
tribüne den Rücken zuwendet.

Abg. Dr. Pfeiffer (Noll): Wir danken für die Vertagung des
Gesetzes. Es ist aber nur eine Abschlagszahlung. Die General-
revision des Patentgesetzes muß aber dann bald dem neuen Reichs-
tag vorgelegt werden.

Abg. Gell (Soz.) stimmt der Kommissionsberatung zu. Leider
wird der Erfinder gegen die kapitalistische Macht nicht genügend
geschützt.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.
Das Kapitel „Valentini“ wird erledigt.

Der Präsident Graf Scherwin-Evian schlägt vor, mit dem
nächsten Kapitel „Reichsversicherungsamt“ die Vorlage
über den Hinterbliebenen-Versicherungsfonds
und den Reichsinvalidenfonds zu verbinden.

Die Abg. Dr. Roggan (Sp.) und Doh (Soz.) widersprechen.
Als der Präsident das Haus verlassen will, bezweifelt
Abg. Doh (Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses,
es sind nur etwa fünfzig Abgeordnete im Saale.

Hierauf zieht der Präsident seinen Vorschlag zurück und Abg.
Doh nachträglich seinen Zweifel.

Der Gesetzentwurf wird zurückgestellt.

Abg. Sahle (Soz.): Wir protestieren dagegen, daß eine so
reiche Herrschaft wie die der Fürsten Pleh zum Bau von Beamten-
häusern aus den Landesversicherungsanstalten Geld zu billigen
Zinssätzen erhält. Die Rentendewilligungen müssen gerechter vor-
genommen werden.

Ministerialdirektor Caspar: Bei den Plehischen Beamten han-
delt es sich um Beamte, die ebenso eine Berücksichtigung seitens
der Landesversicherungsanstalt verdienen wie andere Beamte, da
sie nicht reicher oder besser gestellt sind, wenn auch der Fürst
v. Pleh noch so viel Millionen hat.

Nach mehr als zweistündiger Sitzung wird von der linken
Seite die Vertagung beantragt. Da das Zuhören auf der linken
Seite nach Ansicht des Bureau die Mehrheit bildet gegenüber dem
Zuhören auf der Rechten und im Zentrum, ist die Vertagung
beschlossen.

Donnerstag 2 Uhr Weiterberatung.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Bekanntmachung.

Der Klebverfah von Rosa
auf untern Gasmeren
Vindenhof und Engenberg
sind täglich in der Zeit von
9 bis 11 Uhr vormittags
halt. Außerdem wird auf
diesen Werken jeweils
Dienstags und Freitags
nachmittags von 3-5 Uhr
Rosa abgegeben.

Wir machen noch beson-
ders darauf aufmerksam,
daß Aufträge, die in
unserem Verwaltungs-
gebäude K 7, 1/2 (Winter
K 2) mündlich und schrift-
lich entgegengenommen wer-
den und das an dem An-
gabenlokal E 3, 12, und an
der Umformstation, Repu-
blikstraße 2, Briefkästen zum
Bunde der Aufnahme schrift-
licher Aufträge an die
gebracht sind. 729

Mannheim, 3. Jan. 1911.
Die Direktion
der Bad. Kalk- u. Sod- und
Elektrochemie:
Fischer.

Bekanntmachung.

Bei Bemessung des Fahr-
preises für die vom 1. April
1911 ab neu zur Ausgabe
gelangenden Streckenkarten
und Wochenfahrkarten be-
steht die Taraxense Kam-
merkassette außer Betracht.
Die Preisermäßigung für
die Fahrten mit Einzelfahr-
scheinen wird von obiger
Bestimmung nicht berührt.
Mannheim, 15. März 1911.
Streckenbahnamt:
S 111.

Verkauf einer Rheinfähre.

Die außer Betrieb gesetzte, zur Zeit im Altschein bei
Sandhofen, nach dem Anweilen des Peter Debus, Regende
Oppauer Rheinfähre nebst Behältern, sowie die sonstigen
im Oppauer Dampfschiffbau befindlichen Zugehörigkeiten werden
zu den Reichsboten aus freier Hand gegen Barzahlung
verkauft.

Kaufinteressenten wollen ihre Angebote schriftlich und ver-
schlossen mit der Aufschrift „Kaufangebot für die Rhein-
fähre“ spätestens am 3. April 1911, abends 4 Uhr hiermit
einreichen. Das Öffnen der Angebote und der eventuelle
preisliche Zuschlag geschieht am 7. April 1911, vormittags
9 Uhr auf dem unterzeichneten Amt. Dasselbe erteilt auf
Schrift Kaufauftrag und sendet Kaufinteressenten auf Verlangen
ein Verzeichnis der Gegenstände. 14406

Oppau, den 17. März 1911.

Das Bürgermeisteramt:
Schmitt.

Bitte!

In der Arbeiterkolonie Rutenbusch macht sich wieder der
Mangel an Kleidungsstücken aller Art - Hüden, Toppas,
Hosen, Westen, Hemden, Unterhosen, Socken und besonders
an Schuhwerk - fühlbar. Wir richten deshalb an die
Herrn Betriebsamtmänner und Freunde des Vereines die
höflichste Bitte, Sammlungen der genannten Bekleidungs-
gegenstände gütigst veranstalten zu wollen.

Das Sammlungsergebnis wolle dann entweder an
Landwirtsamt in Rutenbusch - Post und Station Bür-
beim - oder an die Zentralsammelstelle in Karlsruhe,
Stutenstraße 1, II. - Diensträume - eingeliefert werden.

Einmalige Gaben an Geld, die gleichfalls nötig sind und
bei Bedarf angenommen werden, wollen an unsere
Bereitschaft in Karlsruhe, Blumenstraße 1, II. gütigst ab-
gegeben werden. 14402

Karlsruhe, im März 1911.

Der Ausschuh des Landesvereines
für Arbeiterkolonien im Großherzogtum Baden.

Luft-Reiniger **Aerozon**
für (Simplax)
Schlaf-, Kranken- u. Kinderzimmer
Klosets, Fabrikräume etc.
Kompl. Apparat Mk. 3.50.
Waldhilt-Essenx Mk. 1.50.
Parfümerie Otto Hess, E1, 19.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise inniger Anteilnahme
an unserm schmerzlichen Verluste, sagen wir herz-
lichstem Dank. Besondere Dank gebührt den ehrw.
Niederbrouner Schwestern für die hingebende Pflege.
Mannheim, den 20. März 1911.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Eugen Dittmann, Gärtner.

ALLG. RABATT-SPAR-VEREIN
Ausbezahlte Sparbücher
1905 Mk. 80 000.—
1906 Mk. 210 000.—
1907 Mk. 290 000.—
1908 Mk. 320 000.—
1909 Mk. 360 000.—
1910 Mk. 400 000.—
Mk. 1 660 000.—
Eine Million sechshundertund-
sechzigtausend Mark.
Deponierter Einlösungsfond Mk. 168000
MANNHEIM
Kaufen Sie nur, wo unsere grünen Rabattmarken verabfolgt werden

Kaufmännischer Verein
Mannheim (F. V.)
Abteilg. Stellenvermittlung,
Etern und Vormünder,
welche gelonnen sind, ihre
Söhne und Mündel tau-
mende Eltern in eine kauf-
männische Lehre zu geben,
wollen sich zur unentgelt-
lichen Beförderung einer Ver-
hele unserer Vermittlung
bedienen, da wir nur solche
Firmen nachweisen, welche
den Bebrillgen erfahrung-
gemäß Gelegenheit zu einer
ständigen Ausbildung als
Kaufmann bieten.
Der Vorstand:
NB. Schencktrags-Formu-
lare, welche in einem An-
hange die Zusammenfassung
der wesentlichen, die Qualifi-
kationsbedingung betrefenden
Bestimmungen des Handel-
gesetzbuches und der Reichs-
Gewerbeordnung enthalten
sind, zum Preise von 15 Pie-
per Stück bei uns erhältlich.
Vorvielfältigungen
und Abschriften auf
Schriftmaschinen.
Friedr. Burckhardtts Nachf.
0 5, 8 (K. Oberkalden)
Ferasprecher 4281.
52026

Hausbesitzer kaufen billige Tapeten
in Mannheim **Q 3, 15** früher Ries'sche Kutscherel.
Man achte gef. genau auf Litra und Hausnummer.
Filiale **Darmstädter Tapetenfabrik**
Telephon 3318. Geschäftsf. W. Deckens.

PFAFF-Nähmaschinen
gleich vorzüglich zum 11815
Nähen - Sticken - Stopfen
Keine Massenware! Nur mustergültiges Fabrikat
Unterricht gratis - Reelle Garantie
Martin Decker
A 3, 4 Mannheim Tel. 1298
Nähmaschinen- u. Fahrrad-Manufaktur.
Reparaturen prompt und billig.

Rohlentlieferung.
Wir bezeden für das Jahr
1. April 1911 bis dahin 1912
unsern Rohlentliefer. Die
Größe desbesten und die
Vergabungsbedingungen sind
bei unserm Rechnungsbüro
zu erfahren. Angebote wol-
len innerhalb 4 Tagen
schriftlich bei uns eingereicht
werden. 14440
Mannheim, 16 März 1911,
Gaußstraße 11.

Vermischtes.

Schwarzwälder Spezialgebräu
Kirsch- u. Zwetschen-
wasser, Himber, Schmecker,
Dillbitter und Wacholdergebräu.
Tannen- u. Wäldchenholz
A. Bauerstrub von Heide
Nur prima naturernte Ware.
K. 2. 4. 5. 6.
Karlshöhe **Schwarzwälder**

Taschenrechner empfiehlt
sich in und außer dem Hause.
10010 A. 8, 8. Gied.

Trauringe
A. 2. 2. - ohne Zölftage,
kaufen Sie nach Gemüht am
billigsten bei
C. Fesenmeyer,
P 1, 3, Breitstraße.
Jedes Brautpaar erhält eine
geschmückte Schwarzwälder
Uhr gratis.
12641

Unterricht
Konzertgitarren-Unterricht
erteilt
Hilbert A. Schlemmer,
Sachsenstraße 36, 8. Gied.

Klavier-Unterricht
Stunde zu Mk. 1.50 wird von
einem tüchtigen, neuen Lehrer
erteilt. Anzahl Vorterragen
genau in Dresden. Off. erbüde
u. H. 8. 17 Hauptpost. 55450

Ankauf.
Für getragene Kleider
u. Schuhe jede hohe Preise.
A. Reeb, S 1, 10.
Befürzte genügt. 56519

Zahle höchste Preise
für getragene
Herrn- und Frauenkleider
Schuhe, Halbfeder, Waldganz,
Wäbel, Gamsgegend, oder Art.
Von jungen Herrschaften
oder Kleider jahre lang beliebt,
hohe Preise, immer platt, nach
außer jahr. gr. Offert. erbüdet
Goldberg, T 2, 9
57335

Bestandte Bücher.
famie ganze Bibliotheken
samt Preis zu guten Preisen
Bücherei v. Joh. Traub,
Littenburg 1, 8. 7004

BENZ
AUTOMOBILE
70700
Tourwagen - Stadtwagen - Kolo-
Wagen - Lastwagen - Omnibusse
Geschäftswagen - Bootsmotoren
Luftschiff- und Flugmotoren
BENZ & Cie.
Rheinische Gasmotoren-Fabrik
Aktiengesellschaft - Mannheim
Rheinische Automobill-Gesellschaft A.-G.
P 7, 24.
11237

Viiten-Karten Defekt in gedruck-
poillter Ausführung
Dr. G. Baas'sche Buchdruckerei G. m. b. H.

Haben Sie was
zu Vergolden? Telefon
zu Versilbern? N 2
gut zu Vernickeln? N 2
prompt zu Vermessingen? 140
und zu Verkupfern?
billig zu reparieren?
So senden Sie es nach
Stockhornstr.
N 48
oder Niederlage A. Pfeiffer U 1, 8
Mannheimer Metallwaren-Fabrik
und Galvanisierungs-Anstalt
13622

Ernennungen, Versetzungen, Zurufesetzungen etc.

Der etatsmäßige Beamte der Gehaltsklasse II bis K sowie Ernennungen, Versetzungen etc. von nichtetatmäßigen Beamten, Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten.

Einmähig angesetzt: die Bahnmeister: Josef Graf in Singen, Karl Schlus in Döffingen. — Vertragmäßig aufgenommen: als

— Befördert: Bahnmeister Albert Begutti in Offenburg nach Zähringen; die Eisenbahnassistenten Rudolf Käppel in Litzler nach Heilbronn, Johann Appel in Mannheim nach Eppingen, Otto Benz in Eppingen nach Mannheim, Karl Wöhlhagen in Offenburg nach Ditzingen, Andreas Spöck in Mannheim nach Heilbronn; die Eisenbahngehilfen: Wilhelm Werner in Eppingen nach Karlsruhe, August Emmig in Karlsruhe nach Heilbronn; die Bureaugehilfen: Karl Guer in Seckach nach Königsbach, A. Sturm in St. Georgen i. S. nach Konstanz, Karl Weiß in Mannheim nach Hohenheim; die Kassenführer: Johann Henke in Heilbronn nach Karlsruhe, Gustav Gromer in Heilbronn nach Karlsruhe, Lokomotivbeizler Gottfried Ruf in Heidelberg nach Eberbach. — Zurufesetzt: Lokomotivbeizler Franz Knapp 1 in Bruchsal, Wagenwärter Franz Plan in Heidelberg bis zur Wiederberufstellung seiner Gesundheit, Bremser Franz Burkard in Heilbronn, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste. — Gestorben: Bremser Anton Junker in Offenburg.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

— Einmähig angesetzt: Gerichtsschreiber Paul Röttle in Heidelberg. — Befördert: Kanzleihilfsbeamter Jakob Simon beim Notariat Karlsruhe I—III, VIII zum Notariat Karlsruhe IV—VII. Angewiesen: Kanzleihilfsbeamter Friedrich Rieg beim Notariat Karlsruhe IV—VII dem Notariat Karlsruhe I—III, VIII.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Innern.

— Befördert: die Schutzmänner: Otto Hepp und Alfred Küster von Baden nach Freiburg, Wilhelm Meyer und Karl Heiderich von Baden nach Heidelberg, Karl Vogel, Wilhelm Hartung, Gust. Heuser und Rudolf Rödel von Baden nach Mannheim. — Entlassen: die Schutzmänner: Leopold Habitzreuther in Mannheim, Alfred Heiderich in Forstheim und Heinrich Siedentopf in Mannheim, letzterer auf Ansuchen.

Großh. Landesgemeinschaft.

Angewiesen wurde: Innenarchitekt Friedrich Glaser in Berlin als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Karlsruhe. — Entlassen auf Ansuchen: Gewerbeschulendirektor Melchior Berisch, Hilfslehrer an der Gewerbeschule in Rastatt.

Großh. Verwaltungshof.

Die Beamtenverhältnisse verließen: dem Friedrich Loster, Wärter bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen, dem Anton Vogl, Wärter bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch; den Wärterinnen: Josephine Bauer, Barbara Keimel, Ida Matthes und Ana Wunsch, sämtliche bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch. — Zurufesetzt unter Anerkennung ihrer treuen geleisteten Dienste: Christine Hubbig, Weichengeldbesitzerin bei der Heil- und Pflegeanstalt Forstheim — Auf Ansuchen entlassen: Wärterin Anna Deschner bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Kommunalpolitisches.

* Die Laubharthaussteuerordnung für Berlin ist im Stadterordnetenamt schon großen Umänderungen unterworfen worden. Hiernach sollen steuerfrei bleiben: Veranstaltungen, die von Schülern Berliner Unterrichtsanstalten oder für solche dargeboten werden, Veranstaltungen zu wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der gesamte Reinertrag zu dem angegebenen Zweck verwendet wird; ferner gemeinnützige Theaterunternehmungen von Vereinen, die nach den Bestimmungen ihrer Statuten 1) eine Verteilung von Reingewinn an ihre Mitglieder ausschließen 2) im Falle der Auflösung des Vereinsvermögens nicht auf die Mitglieder verteilen, sondern gemeinnützigen Zwecken widmen, 3) für Vauzelten zum Zwecke der Erbauung eigener Theater während der Bauzeit höchstens 6 v. H. und für andere Darlehen nicht mehr als 4 v. H. zahlen; 4) nicht mehr als 1/2 M. Eintrittspreis für die Person nahmen; außerdem sind steuerfrei geschlossene Tanzunterrichtsstunden. Die Besteuerung erfolgt in der Form der Kartensteuer, wenn den Besuchern Eintrittskarten, Programme usw. als Aufweise dienen, durch Erhebung einer Pauschalsteuer, wenn das Eintrittsgeld ohne Ausgabe von Eintrittskarten usw. verlangt wird sowie von Kabarets. Die Kartensteuer soll betragen bei einem Eintrittsgeld von 5 Pf. für kinematographische Vorstellungen 5 Pf., von 50 Pf. 10 Pf. steigend auf 50 Pf. bei 2 M. Eintrittsgeld. Bei Tanzbelustigungen sollen von 1/2 M. 10 Pf. erhoben werden, bei 5 M. 50 Pf. und dann für jede weitere Mark je 15 Pf. Diese Sätze sollen auch bei Theatervorstellungen zur Anwendung kommen. Die Pauschalsteuer soll betragen für Kabarets bei Räumen mit Grundflächen von 100 Qmtr. oder weniger 15 M., für jeden Veranstaltungstag und für jede weiteren angelegenen 50 Qmtr. 10 M. mehr; für Kinematographen bei 50 Plätzen 2 M., bei mehr als 50—100 Plätzen 6 M. und bei mehr als 100 Plätzen für je 1—50 weitere Plätze 10 M., für den Veranstaltungstag, für Konzerte in geschlossenen Räumen 2 M., bei 100 Qmtr. Grundfläche, 3 M. bis 200 Qmtr. Fläche usw. für je 100 Qmtr. Grundfläche 1 M. mehr, für Konzerte in offenen Räumen (Gärten) 2 M. bei 500 Qmtr. Fläche, 4 M. bis 1000 Qmtr. Fläche und 2 M. mehr für je 500 Qmtr. für alle sonstigen steuerpflichtigen Laubharthäuser (Birkus-, Spezialitäten-, Panoramen- usw. Vorstellungen) sollen 4 M. für 100 Qmtr. Grundfläche, 8 M. für 200 Qmtr. Fläche, 12 M. für 300 Qmtr. und dann 4 M. für jede 100 Qmtr.-Fläche mehr erhoben werden. Der Ausschuss hat die Vorlage mit 6 gegen 1 Stimme angenommen.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

* Weissenheim a. S., 17. März. Ein schweres Verbrechen, das anfangs Oktober v. J. in oder bei Berlin begangen wurde, scheint nun der Aufklärung etwas näher gerückt zu werden. Am 28. Oktober wurde an der Lutherbrücke eine Frauenteiche gelandet, die in einen Intesack gesteckt war. Die Leiche war die einer 16—20 Jahre alten, 1,40 Meter großen Person, der Kopf steckte unten im Sack, an den Beinen war dieser angebunden. Die Leiche war vollständig nackt, nur ein Korsettschoner hatte sie noch an. Wegen zu weit vorgeschrittener Verwesung konnte die Todesart nicht mehr festgestellt werden, min-

destens 10 Tage war die Leiche, deren Kopf abgeschnitten war, im Wasser gelegen. Den Händen noch zu schließen, handelte es sich jedenfalls um eine Person der arbeitenden oder dienenden Klasse, jedenfalls aus der Provinz, die in letzter Zeit verwaht war. Die weitere Untersuchung ergab, daß mehrere Personen in der Nacht vom 15. zum 16. Oktober auf einem Bahns in der Humboldtsbrücke bei einem Rotzuchtst ein Mädchen gelötet hatten. Wie das Polizeipräsidium Ende November bekannt machte, wurden die Täter ermittelt und verhaftet. Inzwischen konnte es, trotzdem eine Beschlagnahme von 2000 Mark ausgesetzt war, nicht gelingen, die Person der Ermordeten festzustellen. Nun ist die Leiche dieser Tage als die Frieda Weiß von hier von deren Schwester Annelie, die auf dem Handel mit Feinwaren in Norddeutschland war, aufgrund der von der Polizei in Berlin veröffentlichten Abbildung der Leiche erkannt worden. Die Frieda Weiß war ebenfalls auf dem Handel gewesen, indes hat man bereits seit 2 Jahren nichts mehr von ihr in der Heimat gehört. Sie blieb verschollen. Auch andere Angehörige der Frieda Weiß haben diese nach der Photographie wieder erkannt.

Büchertisch.

(Anzeigen bei der Redaktion eingelaufener Bücher und Zeitschriften. Ausführliche Preisverzeichnisse nach Auswahl.)

Die Programme der politischen Parteien in Deutschland. Zusammengefaßt von Dr. phil. Karl Rappeler. Zweite veränderte und vermehrte Auflage. 90 Seiten. 8°. Gebunden nur 75 Pf. Verlag von D. Grafflauer (Richard Goldbacher) in Leipzig. Die Beiträge in weiten Kreisen verbreitet und stehen in zweiter Auflage erschienene Schrift enthält die neuesten Programme und sozialen Grundanschauungen sämtlicher politischer Parteien Deutschlands. In der Neuauflage ist die Gruppierung der Parteien nach ihrem inneren Zusammenhang erfolgt, wodurch die Schrift für den praktischen Gebrauch wesentlich an Veranschaulichung gewonnen hat. Auch wurde die neue Auflage vervollständigt durch Einschaltung wichtiger Programme neuer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen.

Harzer Erwin Degen in Aglasterhausen hat seinem Weichenach ein Passionsatorium folgen lassen, das mit jenem den Vorzug der Einfachheit und leichten Aufführbarkeit gemein hat. Mit einem einigermaßen leistungsfähigen Chor, einigen Solisten und dem einfachen Begleitungsorgel der Orgel, läßt sich dieses Passionsatorium durchzuführen. Der Tonfall ist bei aller Einfachheit wirkungsvoll; die Tonsprache von religiösem Empfinden getragen, so daß der Hört des Komponisten, der religiösen Erbauung zu dienen und Material zu bieten für eine einheitliche Ausführung in der Passionszeit, voll und ganz erreicht werden dürfte. Gerade, daß die Gemeinde in den Choralen sich selbst an der Aufführung beteiligt, scheint ein besonderer Vorzug der Komposition. Wir weisen nicht daran, daß die Werke Degens, namentlich auch in Landgemeinden, Anklang und Verbreitung finden werden.

Länge der verschiedensten Gattungen bringt das sieben erschienene neueste Heft der populären Notenbibliothek „Musik für Alle“. Das Heft „Länge“ ist (Preis 50 Pfennig) durch den Verlag Ullstein u. Co. Berlin SW 68, zu beziehen.

Amfliches Verfündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim.

Er erscheint wöchentlich ein- bis zweimal. Abonnementspreis pro Vierteljahr 3 M., 1.-

Mannheim, den 20. März 1911. No. 25.

Verfündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. Contains various public notices including: Bekanntmachung regarding the execution of a will (No. 1070 IV), Bekanntmachung regarding the acquisition of a property (No. 1071 IV), Bekanntmachung regarding the acquisition of a property (No. 1072 IV), and Bekanntmachung regarding the acquisition of a property (No. 1073 IV).

